

7/1995 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Mit Abstand stärkste Partei in Hessen

Auf den mit 41,8 Prozent hohen Erststimmenanteil der CDU im Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen (Zweitstimmen: 39,2) hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem hessischen Spitzenkandidaten, Bundesinnenminister Manfred Kanther, am 20. Februar im Konrad-Adenauer-Haus hingewiesen und damit seine Anerkennung für ein Wahlergebnis begründet, das zwar nicht zu einem Regierungswechsel in Wiesbaden geführt, aber die CDU zu der mit Abstand stärksten Partei im hessischen Landtag gemacht hat.

Gleichzeitig wies Helmut Kohl auf den Zweitstimmenanteil der FDP hin, mit dem viele Wähler ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, die Bonner Koalition zu stabilisieren, und auf die nach dem Wahl-Marathon 1994 nicht überraschend niedrige Wahlbeteiligung.

Die hessische CDU hat sich dabei — so der Bundeskanzler — keineswegs von den ungünstigen Wahlkampf-Startbedingungen beirren lassen. Helmut Kohl: „Die Partei war mobilisiert, und die Partei war unterwegs. Ich selbst war in einer ganzen Reihe von Veranstaltungen und konnte das sehr gut sehen.“

„Klare Starthilfe“ habe der Spitzenkandidat der hes-

## HEUTE AKTUELL

### ● Landtagswahl

Das Wahlergebnis vom 19. Februar und seine wesentlichen Merkmale. Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seite 5

### ● Sozialdemokraten

Regierungschefs in der Parteikrise. Seite 8

### ● Extremismus

Ein weiteres nachdrückliches Signal gegen rechtsextremistische Gewalt. Zum Verbot der FAP. Seite 11

### ● Arbeitsplätze

Julius Louven: Vollbeschäftigung ist möglich. Seite 14-18

### ● Europa

Die EVP bereitet sich auf die Herausforderungen von 1996 vor. Seite 27

### ● Gedenken

Alles daran setzen, daß so etwas nie wieder geschieht. 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Seite 31

### ● Dokumentation

Die Landtagswahl in Hessen. Vorläufiges amtliches Zwischenergebnis aus 54 von 55 Wahlkreisen. Grüner Teil

# Helmut Kohl: Die SPD hat eine regelrechte Neidkampagne geführt

Fortsetzung von Seite 1

sischen CDU, Manfred Kanther, gegeben, und ohne seine Hilfe im Wahlkampf wäre das ausgewiesene Wahlergebnis nicht zustande gekommen. Helmut Kohl: „Das hat sich im ganzen Wahlkampf gezeigt.“

Wie Manfred Kanther bedauerte auch der Bundeskanzler die Inszenierung der Neidkampagne, mit der die SPD noch in der letzten Woche vor dem Wahltermin versuchte, Wählerinnen und Wähler gegen den Solidaritätszuschlag aufzubringen, wobei jeder wisse, daß damit kein seriöser Diskussionsbeitrag geleistet werden sollte, sondern „aus wahltaktischen Gründen“ ein Beitrag zur „Trennung zwischen Ost und West“ hingenommen worden ist.

Außerdem machte der Bundeskanzler darauf aufmerksam, daß die Grünen gut abgeschnitten haben und vor allem bei einer geringeren Wahlbeteiligung ihr Wählerpotential nicht nur in den Ballungsräumen, sondern insgesamt haben mobilisieren können. Helmut Kohl: „Ich glaube, dies ist eine sehr wichtige Feststellung, die wir in den vor uns liegenden Wahlkämpfen mitbeachten müssen.“ Daß die CDU in der Wählergruppe der

18- bis 25jährigen, also bei den Jung- und Erstwählern, wie bei der Bundestagswahl auf Platz eins liegt und daß auch die Frauen-Wählerschaft eindeutig die CDU allen anderen Parteien gegenüber bevorzugt, sei zwar ein erfreuliches Teilergebnis dieser Landtagswahl, dürfe jedoch nicht davon ablenken, daß „wir bei bestimmten Altersgruppen der Frauen, insbesondere bei denen über 25 bis Ende 30, klar zurückliegen“.

## Das Wahlergebnis

	Zweitstimmen	Prozent
CDU	1.065.948	39,2
SPD	1.035.003	38,0
Bündnis 90/ Die Grünen	304.865	11,2
F.D.P.	200.879	7,4

Der Bundesvorstand, so der Kanzler zum Schluß seiner Stellungnahme zur Hessen-Wahl, werde in den kommenden Monaten seine ganze Kraft dafür einsetzen, um in Nordrhein-Westfalen, in Bremen und in Berlin gute Wahlergebnisse zu erzielen. Helmut Kohl: „Die Bundespartei wird den Landesparteien deshalb jede nur denkbare Unterstützung geben.“

## Gegen die Herabsetzung des Wählbarkeitsalters

62,7 Prozent der hessischen Wähler haben die geplante Herabsetzung des Wählbarkeitsalters für Landtagsabgeordnete von derzeit 21 auf 18 Jahre abgelehnt. Wie der Landeswahlleiter mitteilte, stimmten 37,3 Prozent dafür. Damit wird der Artikel 75 der Verfassung des Landes Hessen nicht geändert. Hessen ist nach Bayern das einzige Bundesland, in dem sich Abgeordnete erst mit 21 Jahren ins Landesparlament wählen lassen können.

Manfred Kanther:

## Wir müssen dieses Wahlergebnis in den nächsten Jahren verbessern

**Die CDU in Hessen hat sich im wesentlichen behauptet, wir haben das Wahlziel der Regierungsübernahme allerdings nicht erreicht.**

Die Analyse ist zwar noch nicht fertig, aber es lassen sich doch wesentliche Strukturen des Wahlergebnisses erkennen: z. B. der beachtliche Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen. Mit 41,8 Prozent der Erststimmen verfügt die CDU über ein hohes Potential an Wählerzustimmung, das deutlich über dem Zweitstimmenergebnis liegt.

Wir haben danach ganz sicher auch die Stimmen jener Wähler nicht bekommen, die die FDP in Hessen stabilisieren wollten. Das wird auch die Arbeit der Bundesregierung stabilisieren.

Die Hauptthemen des hessischen Landtagswahlkampfes waren Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sicherung und Gewinnung neuer Arbeitsplätze, der Inneren Sicherheit und der Schulpolitik.

Dabei wurde deutlich, daß überall dort, wo dringender Handlungsbedarf erkannt wurde, es entsprechend deutliche Signale im Wählerverhalten gegeben hat. Um Beispiele zu nennen: deutliches Absinken der SPD im Main-Kinzig-Kreis wegen der unverständlichen Politik der Landesregierung gegen die Siemens-Brennelemente-Fabriken; deutliches Absinken der SPD in Nordhessen, wo die unterlassenen Großmaßnahmen des Straßenbaus, die Autobahn A 49 oder die Autobahn A 44 nach Eisenach, zu wichtigen Wahlthemen geworden sind.

Die wirtschaftspolitischen und abgabenpolitischen Fragestellungen standen

natürlich im Zusammenhang mit dem Solidaritätszuschlag. Es ging dabei um die Politik der Bundesregierung, die wir richtigerweise auch im Landtagswahlkampf zu vertreten hatten und zu der es keine Alternative gibt.

Es geht nicht an, daß man sich wie die SPD auf Landesebene von dieser Politik im Wahlkampf verabschiedet. Es bringt auch nichts. Aber zweifellos ist das Thema durch die Debatte um die sog-

**Erklärung des Spitzenkandidaten bei der hessischen Landtagswahl, Manfred Kanther, auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundeskanzler am 20. Februar im Konrad-Adenauer-Haus**

nannte Verschwendung von Subventionsmitteln in den neuen Bundesländern angeheizt worden.

Die Grundstimmung eines Landtagswahlkampfes läßt sich in aller Regel nicht allein aus landespolitischen Fragestellungen entwickeln. Die Bundespolitik spielt dabei eine große Rolle mit. Natürlich sind der Bundespolitik sehr schwierige Aufgaben gestellt, und natürlich teilt sich dem Wähler die Schwierigkeit der Bewältigung mit, aber der Wähler merkt auch die Anstrengung und den langen Atem, der die Anstrengung schließlich zum Erfolg führt.

## 20.000 ehemalige SPD-Wähler wanderten zur CDU

**Den Bündnisgrünen und der FDP kam die Technik des geteilten Stimmzettels — Gnade für die kleinen Parteien — und die zunehmende Bereitschaft der Wähler zum Stimmensplitting zugute.**

Diese blieb aber im wesentlichen auf einen internen Austausch im Lager der Regierung einerseits bzw. der Opposition andererseits beschränkt. So gab jeder zehnte Wahlkreisstimmen-Wähler der SPD seine Landesstimme an die Grünen, „Leihstimmen“ dieser Art erhielt im anderen Lager die FDP von jedem zehnten CDU-Wähler. Ohne diese taktische Stimmabgabe zur Unterstützung der FDP wären im übrigen die Liberalen mit 4,7 Prozent an der Mandatshürde gescheitert. Die Grünen wären nur auf 9,6 Prozent gekommen.

Insbesondere im Ballungsraum Frankfurt mit seinen hochqualifizierten Arbeitsplätzen, seinem Wohlstand und seiner finanzstarken Käufer-schicht, die wachsende Spannung und Konflikte im sozialen Gefälle zur

Folge haben, erteilten die Wähler auch über den Umweg des Stimmensplittings den Volksparteien einen Dämpfer, indem sie sich verstärkt den kleinen Parteien zuwandten.

Beim Wählerwechsel zwischen den Parteien dominierten — wie beim Stimmensplitting — eindeutig die

---

### Aus der Wahlanalyse der Arbeitsgemeinschaft Infas + IBM

---

lagerinternen Bewegungen. Die SPD gab an den kleinen Koalitionspartner gut 40.000 ab, aber auch über die Lagergrenzen hinweg wanderten ehemalige SPD-Wähler: 20.000 zur CDU und einige auch zu der FDP. Nach Rechtsaußen gingen aus dem SPD-Lager mehr als 10.000 frühere Wähler. Die FDP vermochte sich auch durch echte Zuwanderungen von ca. 25.000 Stimmen aus dem CDU-Lager zu stabilisieren. Das Wanderungskonto der Grünen beschränkte sich hingegen ganz und gar auf den Austausch mit dem SPD-Lager.

Die Grünen haben ein sehr gutes Ergebnis erreicht, im wesentlichen zu Lasten der Sozialdemokraten. Die Wählerwanderungsanalyse wird das im einzelnen noch ergeben. Auf Dauer werden sich die Sozialdemokraten jedenfalls damit auseinanderzusetzen haben, daß es z. B. einen Frankfurter Wahlkreis gibt, in dem die Grünen 26 und die SPD 28 Prozent verzeichnen.

Wenn in Nordhessen Hochburgen deutlich zurückgehen, etwa im Kasseler Umland, wo selbst der amtierende Ministerpräsident an eine junge CDU-Kandidatin das Direktmandat abgeben mußte,

dann zeigen sich weitreichende und noch nicht abgeschlossene Veränderungen in der Wählerstruktur. Die Antworten, die die Sozialdemokraten darauf geben, werden nicht nur hessische sein, sondern auch bundesweite Bedeutung haben.

Für die CDU in Hessen ist das Wahlergebnis eine Bestätigung, aber auf einem Stand, der uns nicht ausreicht. Selbst wenn man berücksichtigt, daß einige FDP-Wähler zum CDU-Lager gezählt werden können, muß es die Anstrengung der hessischen CDU in den kommenden Jahren sein, dieses Wahlergebnis zu verbessern.

# Das Wahlergebnis vom 19. Februar und seine wesentlichen Merkmale

Die nachfolgende Beschreibung des hessischen Landtagswahlergebnisses basiert auf der Auszählung von 54 der insgesamt 55 Wahlkreise, da das Ergebnis des Wahlkreises 55 (Bergstraße II) erst in 14 Tagen vorliegen wird. Dieser Wahlkreis wird für das Gesamtergebnis praktisch keine Auswirkungen mehr haben. Möglich ist allenfalls eine Veränderung in der Größenordnung von etwa einem Zehntel Prozentpunkt — aufgrund der bisherigen Wahlkreisergebnisse am ehesten zugunsten der CDU.

Die hessische Landtagswahl vom 19. Februar bestätigte die rot-grüne Koalition. Mit 49,2 Prozent kamen SPD und Grüne zusammen auf einen etwas geringeren prozentualen Landesstimmenanteil („Zweitstimmen“) als 1991 (-0,4 Prozentpunkte). Sie können sich im neuen Landtag auf 57 von 110 Mandaten stützen. Dies bedeutet einen Zuwachs von einem Mandat. Die Gewichte innerhalb des rot-grünen Lagers verschoben sich allerdings deutlich:

## SPD mit dem schlechtesten Ergebnis seit 1946

Die SPD verlor gegenüber der Vorwahl 2,8 Prozentpunkte und kam nur noch auf 38,0 Prozent. Dies ist das schlechteste Wahlergebnis der hessischen SPD seit 1946. Im neuen hessischen Landtag wird sie nur noch mit 44 Sitzen (-2) vertreten sein.

Im Gegensatz dazu erhielten die Grünen durch einen Zuwachs von 2,4 Prozentpunkten ein zweistelliges Ergebnis. Sie verbuchen mit 11,2 Prozent ihr bisher

bestes Ergebnis in Hessen und kommen damit auf 13 Mandate (+3).

Der hessischen CDU ist es bei dieser Wahl gelungen, wieder zur stärksten Partei zu werden. Ihr Anteil von 39,2 Prozent bedeutet einen leichten Verlust von 1,0 Prozentpunkten und einem Mandat. Künftig wird sie mit 45 Sitzen als stärkste Fraktion im Wiesbadener Parlament vertreten sein.

Der FDP gelang es, ihre Verlustserie, die sie bei den neun vorausgegangenen Landtagswahlen unter die Fünfprozentmarke

## Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung

fallen ließ, zu beenden. Ihr Ergebnis von 7,4 Prozent entspricht exakt demjenigen der Landtagswahl von 1991. Wie bisher wird sie künftig mit 8 Sitzen im Landtag vertreten sein.

Alle sonstigen Parteien kamen zusammen auf 4,2 Prozent. Das beste Ergebnis unter ihnen erzielten mit 2,0 die REP, die gegenüber der Vorwahl 0,3 Punkte hinzugewannen. Alle übrigen Kleinstparteien liegen unter 0,5 Prozent.

Das Wahlergebnis kam auf der Grundlage einer äußerst geringen Wahlbeteiligung von 66,6 Prozent zustande. Diese liegt damit noch um 4,2 Prozentpunkte unter der Landtagswahl von 1991. Bereits die 91er Wahl aber war gegenüber der Landtagswahl von 1987 um fast 10 Prozentpunkte auf den tiefsten Stand seit 1950 gesunken. Innerhalb der letzten beiden Legislaturperioden ging die Wahlbeteiligung um 13,7 Prozentpunkte zurück.

In absoluten Stimmenzahlen fallen — infolge der geringen Wahlbeteiligung — die Verluste der beiden großen Parteien gravierender aus. Der SPD gaben 155 Tsd. Wähler weniger ihre Stimme als 1991 (hier und bei folgenden Vergleichen beide Wahlen ohne Wahlkreis 55 Berstraße II). Das bedeutet, daß statistisch etwa jeder siebente Wähler von 1991 der SPD den Rücken kehrte. Für die CDU beträgt der Verlust 101 Tsd. Wähler. Sie verlor damit fast jeden zwölften ihrer damaligen Wähler. Auch die FDP hatte, absolut gesehen, Verluste. Sie erreichte etwa 15 Tsd. Wähler weniger als 1991. Die Grünen konnten dagegen 48 Tsd. Wähler mehr mobilisieren als bei der Wahl vor vier Jahren. Jeder fünfte ihrer Wähler ist statistisch betrachtet ein Neuzugang. Auch die REP erzielten ca. 5 Tsd. Stimmen mehr als 1991.

Der Vergleich der Wahlkreisstimmen mit den Landesstimmen legt nahe, daß es auch bei dieser Wahl typische Splittingmuster innerhalb der politischen Lager gegeben hat: Den größten Überhang an Landesstimmen („Zweitstimmen“) gegenüber den Wahlkreisstimmen („Erststimmen“) hat mit 2,7 Prozentpunkten die FDP. Sie erhielt nur 4,7 Prozent der Wahlkreisstimmen, aber 7,4 Prozent der Landesstimmen. Entsprechend erhielt die CDU 2,6 Prozent weniger Landesstimmen als Wahlkreisstimmen.

### Das Abschneiden der FDP

Das Abschneiden der FDP wurde anscheinend maßgeblich durch Stimmsplitting von CDU-Wählern gesichert. Im rot-grünen Lager zeigt sich das selbe Muster nur abgeschwächt. Der Wahlkreisstimmenüberhang der SPD liegt mit 2,8 Prozent zwar noch geringfügig über dem der CDU, aber der Landesstimmenüberhang der Grünen beträgt nur 1,6 Prozentpunkte. Dies deutet einerseits

auf komplizierte Wahlmuster im SPD-nahen Wählermilieu hin und zeigt andererseits, daß die Grünen ein erheblich größeres und stärker an die Partei gebundenes Wählerpotential besitzen als die FDP.

### Feste Parteienlager

Eine Langfristbetrachtung der Stimmenanteile der Parteien zeigt, daß sich nach der Angleichung der beiden großen Parteien seit Beginn der 70er Jahre Veränderungen in den Parteistärken nur noch in dem geringen Margen stattfinden. Auch bei dem vorliegenden Ergebnis waren die Verluste und Gewinne relativ gering und spielten sich darüber hinaus zu einem großen Teil zwischen CDU und FDP einerseits und SPD und Grünen andererseits ab. Dies spricht für eine gewisse Verfestigung der Parteienlager in Hessen.

Mangels eigener Umfragedaten können nachfolgend nur einige Thesen zu den Bestimmungsgründen dieser Wahl formuliert werden:

**1.** Das Ergebnis wurde wesentlich dadurch bestimmt, daß es im Vorfeld der Wahl keine Stimmung für einen Wechsel gab. Eine Ablösung der SPD/Grüne-Regierung wurde von der Mehrzahl der Wähler nicht erwartet.

**2.** Die deutlich gesunkene Wahlbeteiligung spiegelt neben witterungsbedingten Einflüssen auch eine gewisse Spannungslosigkeit wider, die in erster Linie zu Mobilisierungsdefiziten zu Lasten der CDU geführt hat. Die deutlich rückläufige Wahlbeteiligung hat auch dazu beigetragen, daß die Wähleranteile, die beide Volksparteien auf sich vereinigten konnten, wieder zurückgegangen sind. CDU und SPD vereinigten zusammen nur noch 77,2 Prozent auf sich, gegenüber 81,0 Prozent bei der Vorwahl.

**3.** Die landespolitisch vorherrschenden Themen waren:

- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- Umweltschutz,
- Schule/Bildung,
- Verkehr,
- Asylpolitik.

Die SPD galt bei den drei wichtigsten Themen (Arbeitslosigkeit, Umweltpolitik und Bildungspolitik) als die kompetentere Partei vor der CDU. Die CDU-Kompetenzen folgten ihrem Traditionsimage, sie führte bei Fragen des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Kriminalitätsbekämpfung. Doch galten beide Themen nicht als vorrangig in Hessen.

**Ausnahme Kassel**

Die SPD bleibt in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen stärkste Partei vor der CDU. Sie verlor im Regierungsbezirk Gießen nur unterdurchschnittlich, in den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel dagegen leicht überdurchschnittlich.

Ihr Schwerpunkt liegt mit Ausnahme der Stadt Kassel im Nordosten Hessens. Die Defizitgebiete finden sich im Raum Fulda, im Hochtaunuskreis, im angrenzenden nördlichen Main-Taunus-Kreis und im Südosten der Stadt Frankfurt.

**4.** Wenn die CDU die SPD trotz deren besseren Kompetenzimage als stärkste Partei überflügeln konnte, dürfte dies in erster Linie ihrem Spitzenkandidaten Manfred Kanther zu verdanken sein, der in Hessen besser eingeschätzt wurde als die CDU. Demgegenüber rangierte der amtierende Ministerpräsident Eichel hinter seiner Partei.

In der Ministerpräsidentenpräferenz lagen Eichel und Kanther kurz vor der Wahl Kopf an Kopf.

**Das bessere Abschneiden der CDU wurde demgemäß von einem Kanther-Effekt bestimmt.**

Die CDU ist im Regierungsbezirk Darmstadt wiederum stärkste Partei. In Frankfurt konnte die CDU (39,2 Prozent) ihren Vorsprung vor der SPD halten. Sie verlor im Regierungsbezirk Darmstadt aber überdurchschnittlich. In den Regierungsbezirken Gießen und Kassel verlor sie nur unterdurchschnittlich, bleibt aber hinter der SPD. Während die Hochburgen der CDU über ganz Hessen verstreut sind, bilden die Gebiete mit den niedrigsten CDU-Anteilen einen Schwerpunkt im Raum Kassel.

**5.** Die Stabilisierung der FDP geht zu einem Gutteil auf CDU-Wähler zurück, die ihre Stimme gesplittet haben. Fast 50 Prozent derer, die FDP wählten, erklärten die CDU zu ihrer sympathischsten Partei. Das FDP-Ergebnis zeigt keine besonderen regionalen Auffälligkeiten.

**6.** Die Gewinne der Grünen kommen von Randwählern der SPD und der FDP. Darüber hinaus dürften die Grünen auch bisherige Wähler in hohem Maße mobilisiert haben. Die Grünen profitierten von einer hohen allgemeinen Sympathie, die auch in Hessen über Parteigrenzen hinausreicht.

**„Grüne“ Hochburgen**

Die Grünen hatten in den städtischen Gebieten ihre stärksten Gewinne. Ihre Hochburgen liegen ebenfalls in den städtischen Gebieten, meist mit universitärem Charakter. Ihnen mit Abstand höchsten Stimmengewinn und auch Stimmenanteil erzielten sie in Südhessen. Sie verdrängten im Regierungsbezirk Kassel die FDP auf den vierten Rang und sind damit in allen drei Regierungsbezirken Hessens jetzt drittstärkste Partei.

# Regierungschefs in der Partei-Krise

**Neuer Ärger in der SPD: In Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg spitzt sich der Streit zwischen den SPD-Fraktionen und ihrer jeweiligen Führungsfigur immer mehr zu. Gerhard Schröder, Heide Simonis und Manfred Stolpe haben zusehends Mühe mit ihrer Partei — und diese umgekehrt mit ihnen.**

„Krisenstimmung in Gerhard Schröders SPD“ diagnostiziert die Oldenburgische Volkszeitung (10. 2. 95). Weiter heißt es dort: „In der Landtags-SPD hat es geknallt wie seit langem nicht mehr, als Schröder seine Fraktion in Nullkommant auf seinen Sparkurs ohne Wenn und Aber festlegen wollte. Die Fraktion widersprach. Die Folge: Wutausbrüche, ein tobender Ministerpräsident, knallende Türen, stinksaurer Abgeordnete.“ Was ist der Hintergrund: Gerhard Schröder hat angesichts der katastrophalen Finanzsituation von Niedersachsen seine Wahlversprechen gebrochen und per Richtlinienentscheid Kürzungen in allen Bereichen angeordnet.

„Aufgestaut hat sich in der SPD (...) Kritik am autoritären Führungsstil ihres Chefs. In der rot-grünen Koalition predigte Schröder einst den Diskurs. Heute nennt er das immer häufigere Durchgreifen gern notwendige politische Führung.“ (s. o.) Es bleibt abzuwarten, wie lange die Genossen noch stillhalten. „Ein Mitglied der Fraktionsführung: Wenn am Dienstag abgestimmt worden wäre, hätte Schröder die eigene Fraktion erstmals gegen sich gehabt.“ (s. o.)

In Schleswig-Holstein facht der Untersuchungsbericht zur „Schubladen-Affäre“ die Krise bei den Sozialdemokraten weiter an. Jetzt wird berichtet, „daß die Kieler SPD-Führung früher, als sie es seinerzeit zugegeben hatte und noch heute teil-

weise wahrhaben will, von den Handlungen wußte, die Pfeiffer als Angestellter der Staatskanzlei beging“. (Welt, 14. 2.)

Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ist der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Arens. Sein Bericht zieht in Zweifel, „was der sogenannte Barschel-Untersuchungsausschuß seinerzeit über die Rolle der SPD in der Affäre zutage gefördert hatte“. (s. o.) Die Folge der Analyse von Arens: „Die SPD-Fraktion im Kieler Landtag ist tief zerstritten (...)“. Der Fraktionsvorsitzende Börnsen wurde mit der Bemerkung zitiert, er sehe „unter Umständen keine Möglichkeit mehr, den Laden zusammenzuhalten. Ministerpräsidentin Simonis drohte daraufhin, ihren Wahlkampf angesichts einer zerstrittenen Fraktion und Landespartei ohne diese zu führen (...)“. (s. o.)

In Brandenburg steht die „Machtprobe“ für Manfred Stolpe bevor: „Die brandenburgische SPD-Fraktion macht Stolpe das Regieren schwer.“ (Potsdamer Neueste Nachrichten, 14.2.95) So hat die SPD-Fraktion dem Regierungschef die Unterzeichnung des Planungsstaatsvertrages mit Berlin vereitelt und Stolpe zu Nachverhandlungen gezwungen. Laut den Potsdamer Neuesten Nachrichten „kursieren Putschgerüchte“. (s. o.)

Fraktion und Regierungschef werfen sich wechselseitig Fehler vor. „Die Landesregierung bewegt sich wie ein Elefant im Porzellanladen“, erklärt der SPD-Fraktionssprecher. (s. o.) „Man werde in Entscheidungen nicht einbezogen und vorvollendete Tatsachen gestellt.“ (s. o.) Manfred Stolpe betätigt sich als „Harmonisierer“. (s. o.) „Ob er die Fraktion auf diese Weise in den Griff bekommt, ist nicht sicher.“ (s. o.) Das Fazit ist düster: „Lange kann das nicht gutgehen.“ (s. o.)



# Kein Fraktionsstatus und kein Sitz im Vermittlungsausschuß für PDS

Die PDS wird auch im neuen Bundestag nicht den Status einer Fraktion erhalten. Der Ältestenrat des Bundestages lehnte am 16. Februar einen entsprechenden Antrag ab, billigte der PDS aber einen besonderen Gruppenstatus zu, der die Beteiligung an der Parlamentsarbeit und die Finanzierung regelt.

Da die PDS mit 30 Mitgliedern um vier Mandate unter der Mindeststärke einer Fraktion blieb, muß das Plenum noch über die Empfehlung des Ältestenrates entscheiden. Die PDS hofft dann auf Unterstützung ihres Antrags und will bei einer endgültigen Verweigerung des Fraktionsstatus das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Die PDS scheiterte am selben Tag auch bei dem Versuch, einen Sitz im gemeinsamen Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat zu erlangen. In namentlicher Abstimmung lehnte das Parlament einen entsprechenden Antrag mit 336 gegen 314 Stimmen ab.

Auch im gemeinsamen Ausschuß, dem sogenannten Notparlament, das im Span-

nungs- und Verteidigungsfall Bundestag und Bundesrat ersetzen soll, wird die PDS nicht vertreten sein. Der von ihr zur Wahl vorgeschlagene Gruppenvorsitzende Gregor Gysi erhielt unter Hinweis auf den Verdacht der Stasi-Mitarbeit nicht die notwendige Zustimmung. Auf die Nominierung eines anderen Bewerbers verzichtete die PDS.

Vor der Wahl der 16 aus dem Bundestag kommenden Mitglieder des Vermittlungsausschusses kam es zu einem Verfahrensstreit. In einem vom Bündnis 90/Grüne und PDS unterstützten Antrag der SPD war Abstimmung nach dem St.-Lague-Schepers-Verfahren verlangt worden, das kleinere Parteien begünstigt.

CDU/CSU und FDP setzten sich jedoch mit ihrer Forderung durch, nach dem d'Hondtschen Zählverfahren zu votieren. Danach stellen CDU/CSU acht, SPD sechs, Grüne ein und FDP ebenfalls ein Mitglied. Nach dem nicht zum Zuge gekommenen Verfahren hätte die CDU/CSU einen Sitz zugunsten der PDS abgegeben müssen. ■

## Dem verfassungsrechtlichen Gebot Rechnung getragen

**Der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster, erklärte zum Zählverfahren:**

Der Vermittlungsausschuß wurde nach dem Zählverfahren d'Hondt besetzt. Damit ist dem verfassungsrechtlich unstrittigen Gebot, daß sich die vom Wähler bestimmte Parla-

mentsmehrheit auch in allen parlamentarischen Gremien widerspiegeln muß, Rechnung getragen worden.

Die Mitgliederzahl des Vermittlungsausschusses und einiger weiterer Gremien ist gesetzlich festgelegt. Nur das Zählverfahren d'Hondt stellte sicher, daß bei den vom Bundestag zu entsendenden Mitgliedern in den Vermittlungsausschuß die Mehrheit im Parlament wiedergegeben wird.

# Möglichkeiten zur Überwachung des Mobilfunks verbesserungsbedürftig

**Zu den Möglichkeiten zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs bei den „modernen Telekommunikationsformen“ erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski:**

Die Telekommunikationstechnologie hat in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Die Systeme drahtlosen Fernmeldeverkehrs (Funktelefone) von Mail- und Voiceboxen sowie die Verschlüsselung von Nachrichten durch sog. Kryptogeräte bieten zunehmende Möglichkeiten, sich der Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung, des Auswirthschafts- sowie des G 10-Gesetzes zu entziehen. Auch aufgrund der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes stoßen Überwachungsmaßnahmen auf wachsende Schwierigkeiten.

Das technische Kernproblem bei der Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen besteht darin, daß die modernen Telekommunikationssysteme den Teilnehmern ermöglichen, ihren Fernmeldeverkehr ortsunabhängig (z.B. Mobiltelefonnetze oder Anrufumleitung) oder zeitunabhängig (z.B. über Mail- oder Voiceboxsysteme) abzuwickeln. Damit sind die bisherigen technischen Überwachungsverfahren, die auf die Überwachung örtlich nicht veränderbarer Anschlüsse in den herkömmlichen Netzen ausgerichtet waren, nicht mehr anwendbar, oder sie können durch die zu überwachende Person unterlaufen werden.

Aufgrund der technischen Ausgestaltung der heute bekannten Telekommunikationssysteme ist es zwingend erforderlich, innerhalb dieser Systeme technische Vor-

kehrungen zu treffen, damit die Durchführung gesetzlicher Überwachungsmaßnahmen überhaupt möglich ist. Diese Vorkehrungen wurden bei der technischen Entwicklung der Netze trotz bestehender gesetzlicher Vorschriften von den Netzbetreibern nicht berücksichtigt.

Sie erfordern im Rahmen der nun notwendigen Nachrüstung zum Teil erhebliche finanzielle Aufwendungen (ca. 40 Mio. DM pro Netz). Die Durchführung einer konkreten Überwachungsmaßnahme ist dann im Einzelfall mit verhältnismäßig geringem Aufwand möglich.

Wir verlangen von den Netzbetreibern, daß sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen und die Überwachung des Fernmeldeverkehrs bei den modernen Kommunikationstechnologien unverzüglich ermöglichen. Die entsprechenden technischen Einrichtungen haben sie auf eigene Kosten zu installieren; denn ihnen kann kein Vorteil in der Form staatlicher Zuschüsse daraus erwachsen, daß sie bislang gesetzlichen Verpflichtungen keine Beachtung geschenkt haben. Kommen sie ihrer Pflicht, die Überwachung des Fernmeldeverkehrs zu ermöglichen, nicht unverzüglich nach, so sind gesetzliche Sanktionen zu prüfen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, künftig die Inbetriebnahme neuer Netze nur zuzulassen, wenn die gesetzlichen Überwachungsmöglichkeiten gesichert sind.

Im internationalen Rahmen, insbesondere innerhalb der EU, ist sie gefordert, sachgerecht vereinheitlichte Maßnahmen zur erforderlichen Überwachung des Fernmeldeverkehrs anzustreben.

# Ein weiteres nachdrückliches Signal gegen rechtsextremistische Gewalt

Bundesinnenminister Kanther hat am 24. Februar den Verein „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) verboten und aufgelöst, weil er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Das Verbot wurde noch am selben Tag dem Vorsitzenden des Vereins zugestellt.

Anschließend erfolgten bundesweit Durchsuchungen in über 40 Objekten bei Funktionären der verbotenen FAP. Das Vermögen des Vereins wurde beschlagnahmt und eingezogen.

Bundesregierung und Bundesrat hatten im September 1993 beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der FAP wegen der verfassungswidrigen Agitation der Partei, die diese in aggressiver kämpferischer Weise betrieb, beantragt. Das Bundesverfassungsgericht hat nunmehr entschieden, daß die FAP keine Partei im Sinne von Artikel 21 Grundgesetz darstellt, so daß eine Feststellung der Verfassungswidrigkeit durch das Verfassungsgericht nicht möglich ist.

Damit unterliegt die FAP den vereinsrechtlichen Vorschriften, die ein Verbot durch den Bundesinnenminister vorsehen.

Zu dem Verbot erklärte Bundesinnenminister **Manfred Kanther**: Der Extremismus von rechts wie von links muß entschieden bekämpft werden. Dies geschieht vornehmlich durch geistig politische Auseinandersetzung mit den Behauptungen und verbalen Angriffen gegen die Verfassung. Wo eine solche argumentative Auseinandersetzung aufgrund der aggressiv kämpferischen Haltung und Verblendung einer Gruppierung nicht mehr stattfinden kann, muß in einer

wehrhaften Demokratie auch das zur Verfügung stehende Verbotsinstrumentarium eingesetzt werden.

Die nunmehr durch Verbot aufgelöste FAP war nach ihrer Zielsetzung der NSDAP wesensverwandt, verehrt führende Repräsentanten aus der Zeit des Nationalsozialismus und pflegt nationalsozialistische Riten. Sie mißachtet die Menschenrechte, diffamiert die demokratischen Institutionen und betreibt ausländerfeindliche und antisemitische Hetze. Mehrere Mitglieder des amtierenden Bundesvorstandes sind im Laufe ihres politischen Lebens straffällig geworden. Nachdem das BVerfG festgestellt hat, daß es sich bei der FAP um keine politische Partei handelt, ist ihr Verbot nach dem Vereinsrecht das einzige angemessene Mittel.

## Kommentar

### Kanther verteidigt die Demokratie

*Bundesinnenminister Manfred Kanther hat die „Freiheitliche Arbeiter-Partei“ (FAP) verboten und ihre Vermögen einzuziehen lassen. Denn die FAP hat weder etwas mit Freiheit zu tun, noch ist sie eine Partei. Die FAP ist nichts als ein neonazistischer Verein, urteilte das Bundesverfassungsgericht. Sie äffte die Nazis nach, glorifizierte ihre Häuptlinge. Demokratie heißt Freiheit. Diese Freiheit muß jedoch mit aller Entschlossenheit gegen ihre Feinde verteidigt werden. Kanther hat richtig, schnell und verantwortungsbewußt gehandelt.*

**Bild**

# Kritik der Präsidentin des BVerfG am neuen Asylrecht unbegründet

**Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz, erklärte zu der Kritik der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts am geltenden Asylrecht sowie zu der Klage, das Gericht sei mit Asylfällen überlastet:**

Mit der Neufassung des Asylartikels soll erreicht werden, daß

- die wirklich politisch Verfolgten schnell anerkannt werden
- die nicht politisch Verfolgten keinen Anreiz erhalten, zur Asylantragstellung in die Bundesrepublik zu kommen
- und die Asylbewerber, die sich zu Unrecht auf Asyl berufen, rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Auch nach der Änderung des Grundgesetzes bleibt der Schutz vor politischer Verfolgung in Form eines Individualgrundrechtes garantiert. Er beschränkt sich aber auf die politisch Verfolgten, die unseres Schutzes wirklich bedürfen. So ist jetzt die Berufung auf das Asylrecht für Personen ausgeschlossen, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Das sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie weitere Staaten, in denen die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt ist. Ferner ist eine Beschleunigung des Asylverfahrens vorgesehen bei Ausländern, die aus sicheren Herkunftsstaaten stammen. Das sind Staaten, bei denen gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden.

Diese Verfassungsänderungen sowie die entsprechenden gesetzlichen Ausführungsbestimmungen sind keineswegs mit „heißer Nadel gestrickt“, wie die Präsidentin des BVerfG behauptet. Sie beruhen vielmehr auf sorgfältigen Überlegungen — gerade auch im gesamteuropäischen Kontext —, die nach jahrelangem Widerstand der SPD doch noch im Rahmen des Asylkompromisses von 1992 umgesetzt werden konnten. Sie sind seinerzeit mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit beschlossen worden. Daß der Asylkompromiß zu einer positiven Entwicklung geführt hat, belegen die

**Die Verfassungsänderungen sind keineswegs mit der heißen Nadel gestrickt, sondern beruhen auf sorgfältigen Beratungen.**

Zugangszahlen für das Jahr 1994. Während 1992 noch 438.191 Personen um Asyl nachsuchten, waren es 1994 nur 127.210. Diese Entwicklung beruht im Wesentlichen auf der konsequenten Anwendung der Drittstaatenregelung sowie der Regelung über die sicheren Herkunftsstaaten. An diesen Grundpfeilern des Asylkompromisses darf nicht gerüttelt werden; sie begegnen auch keinen grundrechtlichen wie rechtsstaatlichen Bedenken.

Notwendige Voraussetzung für den Erfolg des Asylkompromisses ist aber auch, daß abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden. Beschlüsse des BVerfG wie zuletzt im Falle des abgelehnten kurdischen Asylbewerbers Simsek sind hier wenig hilfreich.

## Will Frau Limbach das Asylrecht kippen?

**Zur Vorab-Bewertung des neuen Asylrechtsartikels 16 a GG durch die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Limbach, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Mit ihren Äußerungen zum laufenden Verfassungsrechtsstreit um den Artikel 16 a GG versucht die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Limbach, die an der anstehenden Entscheidung beteiligten Richter zu präjudizieren. Ihre Äußerungen sind weder hilfreich noch in der Sache zutreffend.

Die Bewertung einer im laufenden Verfassungsrechtsstreit noch zu prüfenden Verfassungsnorm als „mit heißer Nadel genäht“ sollte sich für die Präsidentin des entscheidenden Gerichts verbieten.

Offenbar will sie jedoch gerade durch ihre Äußerungen diesen Rechtsstreit beeinflussen und den mühsam genug gefundenen Kompromiß im Asylrecht

kippen. Das Wort der Präsidentin des Gerichts hat Gewicht. Es ist beabsichtigt und dazu bestimmt, die noch anstehende interne Diskussion des zuständigen Senats zu prägen.

Die Präsidentin des Obersten Deutschen Gerichts scheint ihr Amt dazu benutzen zu wollen, Politik in ihrem persönlichen Sinne zu beeinflussen, was ihr als Justizsenatorin von Berlin nur unzulänglich gelungen war. Immerhin hat ihr Haus seinerzeit im Rechtsausschuß des Bundesrates den Asylkompromiß einschließlich der Folgegesetze mitgetragen, den Frau Limbach jetzt als „mit heißer Nadel genäht“ abwertet. Frau Limbach tritt mit ihren Äußerungen kräftig ins Fettöpfchen.

Neben der vom Gericht selbst erfundenen Formel des Judicial Self-restraint sollten die Mitglieder des Gerichts auch eine Judicial Correctness treten lassen; Äußerungen wie diese würden dann unterbleiben.

Obwohl von türkischer Seite über den Botschafter amtlich mitgeteilt wurde, daß dem Asylbewerber bei seiner Rückkehr keinerlei staatliche Straf- oder sonstige Maßnahmen drohen, setzte das BVerfG die Abschiebung mit der lapidaren Begründung aus, daß Selbstmord nicht ausgeschlossen werden könne. Damit werden Hürden für eine Abschiebung aufgestellt, die letztlich im subjektiven Bereich des abgelehnten Bewerbers angesiedelt sind. Durch eine solche Entscheidung wird ein rechtlich wie politisch schwer erträglicher Präzedenzfall geschaffen, der zur Nachahmung — nachdem Rechtsbehelfe und Rechtsmittel

ohne Erfolg geblieben sind — geradezu einlädt. Angesichts einer solchen Judikatur kann es nicht verwundern, wenn sich das Gericht zunehmend als „Feuerwehr“ in Asylsachen mißbraucht fühlt. Verwundern kann nur, wenn sich die Gerichtspräsidentin darüber beklagt, denn solche Überlastungen des BVerfG sind — wie vor allem auch viele weitere (Kammer-) Entscheidungen deutlich belegen — nur allzu oft hausgemacht. Auch in Asylsachen muß sich das BVerfG auf eine grundsätzlich bedeutende Grundrechtskontrolle beschränken; das BVerfG darf sich nicht als weitere Tatsacheninstanz mißbrauchen lassen. ■

# Vollbeschäftigung ist möglich

**1.** Karl Schiller hat einmal seinen SPD-Kollegen im Bundestag mahndend zugerufen: „Preisstabilität ist nicht alles, aber ohne Preisstabilität ist alles nichts.“ Zu recht verfolgt deshalb die Bundesbank eine strikt am Ziel der Inflationsbekämpfung ausgerichtete Politik. Es gilt aber auch: Vollbeschäftigung ist nicht alles, aber ohne Vollbeschäftigung ist alles nichts. Müßten sich deshalb nicht Tarifpartner und Politik gleichermaßen strikt dem Ziel verpflichtet fühlen, Arbeitslosigkeit ursachenadäquat zu bekämpfen?

**2.** Ist Vollbeschäftigung überhaupt möglich? Ralf Dahrendorf hat formuliert, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe. Das ist nicht die Position der Bundesregierung. Deshalb haben wir auch in die Koalitionsvereinbarung klar und unmißverständlich hineingeschrieben: Wir halten an dem Ziel fest, Vollbeschäftigung zu erreichen.

**3.** Auf den ersten Blick scheint jedoch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit die Feststellung Dahrendorfs zu bestätigen. In den 50er und 60er Jahren lag die Zahl der Arbeitslosen in den OECD-Ländern im Schnitt bei unter 10 Millionen. Innerhalb von nur 10 Jahren — zwischen 1972 und 1982 — hat sie sich verdreifacht; sie stieg auf 30 Millionen. Trotz der nachfolgenden, langen Phase der wirtschaftlichen Expansion ging sie von 1982 bis 1990 nur um 5 Millionen zurück. Gegenwärtig liegt sie bei etwa 35 Millionen. In den vergangenen 5 Jahren stieg somit die Zahl der Arbeitslosen um 10 Millionen, von 25 auf 35 Millionen.

**4.** Um so beeindruckender ist, daß die OECD — basierend auf einer groß angelegten Beschäftigungs-Studie — dennoch zu dem Ergebnis kommt: Massenarbeits-

losigkeit ist weder das Ergebnis eines arbeitsplatzvernichtenden, technischen Fortschritts, noch ist sie die Folge eines weltweit verstärkten Wettbewerbs. Vielmehr ist sie die Konsequenz von „Verkrustungen in unseren Volkswirtschaften, die die Fähigkeit, ja selbst die Bereitschaft zur notwendigen Anpassung gelähmt haben“. An den Pranger gestellt wird damit die unzureichende Bereitschaft und Fähigkeit der Industriestaaten, auf veränderte technische, wirtschaftliche

## Von Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

und soziale Rahmenbedingungen — vor allem auf veränderte Wettbewerbsverhältnisse — offensiv zu reagieren.

**5.** Die OECD stützt ihr Urteil auf eine strikt ursachenorientierte Analyse der Arbeitslosigkeit. Darin unterscheidet sie sich wohlthuend von denjenigen, die ihr Hauptaugenmerk auf das Verstecken der Arbeitslosigkeit richten. Das sind nach wie vor die SPD und die Gewerkschaften. Ihre Königswege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die kollektive Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung eines zweiten, staatlich subventionierten Arbeitsmarktes.

**6.** Wer eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung fordert, geht davon aus, daß das Arbeitsvolumen nicht ausgeweitet, sondern nur umverteilt werden kann. Das läuft auf eine Kapitulation vor den Arbeitsmarktproblemen hinaus. Davon zu unterscheiden ist der von der Bundesregierung favorisierte Weg der Förderung flexibler Arbeitszeiten und freiwilliger

Vereinbarungen über Teilzeitarbeitsplätze. Hierdurch kann es zu beschäftigungssteigernden Kostensenkungen kommen. Deshalb müssen Hindernisse in diesem Bereich aus dem Wege geräumt werden.

**7.** Der Staat wäre gar nicht in der Lage, dauerhaft und flächendeckend Arbeitsplätze zu subventionieren. Nur vordergründig kann eine Lösung darin gesehen werden, die Beitragszahler von dieser Aufgabe zu befreien und sie den Steuerzahlern zu übertragen. In beiden Fällen werden Ressourcen für nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze gebunden. Zudem würden flächendeckend subventionierte Arbeitsplätze Schritt für Schritt wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verdrängen. Infolge dieses „Drehtüreffektes“ würde das Ausmaß der gebundenen Ressourcen im Zeitablauf drastisch ansteigen. Mit der Verteilung und Subventionierung von Arbeitslosigkeit — mit einem Kurieren an Symptomen — ist es daher nicht getan. Programme zur Arbeitszeitverkürzung haben — so die OECD — die Arbeitslosigkeit noch in keinem Fall signifikant verringert. Die Aufgabe muß sein, Rahmenbedingungen für mehr wettbewerbsfähige und damit zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

**8.** Weil die OECD die Analyse der Arbeitslosigkeit ursachenorientiert angeht, stellt sie viele lieb gewonnene Positionen in Frage. Denn sie empfiehlt unter anderem: Förderung und nicht Behinderung des technologischen Wandels sowie der unternehmerischen Tätigkeit; Erhöhung der Arbeitszeitflexibilität; Neuorientierung der Lohnpolitik; Reform des Kündigungsschutzes; Reform der sozialen Sicherungssysteme mit dem Ziel, die Belastung der Arbeitnehmerinkommen abzusenken, die Anreize zur Arbeitsaufnahme zu stärken und die Lohnnebenkosten zwecks

Kostensenkung der Arbeitsplätze zu verringern.

**9.** Wir haben in Deutschland die Erfahrung machen müssen, daß seit den 70er Jahren der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Rezession nicht wieder durch den nachfolgenden Rückgang der Arbeitslosigkeit im Aufschwung ausgeglichen wird. Ein weiteres großes Verdienst der OECD-Studie liegt darin, daß sie aufzeigt, daß diese Stufenentwicklung zwar in vielen, aber nicht in allen Ländern zu beobachten ist. Als einen, allerdings zentralen Grund dafür benennt die OECD eine Tarifpolitik, die sich in den europäischen Volkswirtschaften vor allem an den Einkommensinteressen der beschäftigten Insider und nicht an den Wiederbeschäftigungsinteressen der arbeitslosen Outsider ausrichtet. In Europa, so die OECD, kommt daher das Wirtschaftswachstum insbesondere den Beschäftigten zugute. Demgegenüber profitieren in den USA davon auch die Arbeitslosen, was unter anderem zur Folge hat, daß dort ein wesentlich geringerer Teil mit Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert ist.

**10.** In Anbetracht dieses Ergebnisses zielt die OECD mit ihren Forderungen vor allem auf die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen ab. Sie spricht sich dafür aus, kollektive Lohntarife durch Öffnungsklauseln zu ergänzen. Sie fordert eine Absenkung der Lohnzusatzkosten und der Besteuerung insbesondere für Niedrigeinkommensbezieher, damit auch durch geringer entlohnte Arbeitsplätze der Lebensunterhalt gesichert werden kann. Sie plädiert dafür, befristete Neueinstellungen zu erleichtern. Sie stellt schließlich das erreichte hohe Niveau der Arbeitslosenunterstützung in Frage. Im Interesse der Arbeitslosen sollten wir diese Forderungen vorurteilsfrei prüfen. Diese Aufforderung richtet sich auch an die Arbeitgeber. Gegen den Widerstand

von SPD und Gewerkschaften hat die Bundesregierung das Instrument der befristeten Arbeitsverträge geschaffen. Unverständlich ist, daß die Arbeitgeber davon kaum Gebrauch machen.

**11.** Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen eine deutliche Sprache. Zwar wird der Konjunkturaufschwung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Davor zu warnen ist aber, darin bereits die Lösung der Beschäftigungskrise zu sehen und angesichts der unerwartet deutlichen Aufhellung der Konjunkturlage wieder zur Tagesordnung überzugehen. Genau dies geschieht jedoch, wenn auf die Stärkung der Massenkaukraft durch Lohnsteigerungen und auf den Nachholbedarf der Beschäftigten verwiesen wird.

Wer jetzt eine expansive Lohnpolitik fordert und dies mit der sog. Kaufkrafttheorie der Löhne begründet, verharrt im Denkmuster der Konjunktur. Für das Entstehen der Massenarbeitslosigkeit in den Industriestaaten sind jedoch, so das eindeutige Urteil der OECD, nicht so sehr konjunkturelle Ursachen (also ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel), sondern strukturelle Gründe maßgebend. Zudem zeigt die Erfahrung, daß den Rezessionen in der Vergangenheit stets starke Steigerungen der Löhne und Lohnstückkosten vorausgegangen sind. Richtig ist also, darauf zu setzen, daß moderate Lohnerhöhungen zu mehr Beschäftigung und hierüber zu mehr Kaufkraft führen — und zwar zu mehr Kaufkraft auch für die bisher Arbeitslosen. Deshalb überzeugt auch das Argument des Nachholbedarfs nicht. Wer Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen will, darf nicht nur die Einkommensinteressen der Beschäftigten, sondern muß auch eine die Wiederbeschäftigungsinteressen der Arbeitslosen berücksichtigende Tarifpolitik im Visier haben.

**12.** Die Verantwortung für die Lohnpolitik liegt bei den Tarifpartnern. Daß sie durch eine zurückhaltende Politik Beschäftigung sichern können, belegt das zurückliegende Jahr. Warum sind die Tarifpartner dazu nicht dauerhaft bereit, warum nur in konjunkturellen Krisenzeiten? Warum kann angeblich nur eine kurzfristige Lohnzurückhaltung Arbeitsplätze sichern und schaffen, nicht aber eine mittel- oder längerfristige? Die Erfahrungen der 80er Jahre sprechen dagegen. Seinerzeit entstanden in Deutschland mehr als 3 Millionen Arbeitsplätze. An diese erfolgreiche Entwicklung muß angeknüpft werden. Der gesamtwirtschaftliche Lohnanstieg sollte so lange unterhalb der Summe von Preis- und Produktivitätsanstieg verbleiben, bis die Arbeitslosigkeit die Millionengrenze unterschritten hat. Ich spreche also von maßvollen Lohnerhöhungen, nicht von Lohnstopp oder Lohnsenkungen.

**13.** Arbeitsplätze können ferner gesichert und geschaffen werden, wenn sich die Lohnfindung auf der einzelwirtschaftlichen Ebene stärker an der Leistungsfähigkeit — also an der Produktivität — der Beschäftigten orientiert. Dagegen wird vor allem eingewandt, daß sich dann die weniger leistungsfähigen Arbeitnehmer ggf. mit Löhnen in Höhe des Existenzminimums zufrieden geben müßten. Zudem würde sich die Annahme regulärer Beschäftigungsangebote aus der Sicht der Betroffenen erst dann lohnen, wenn der Nettolohn über dem Niveau der Lohnersatzleistungen bzw. dem der Sozialhilfe liegt. Dieser Einwand zeigt, daß das Verhältnis insbesondere von Sozialhilfe und Loheinkommen neu aufeinander abgestimmt werden muß. Werden niedrige Arbeitseinkommen durch Sozialeinkommen nicht vollständig ersetzt, sondern aufgestockt — mit allerdings abnehmenden Beträgen —, dann könnten bei nied-



rigen Lohnkosten von den Unternehmen Arbeitsplätze in größerer Zahl geschaffen werden, und für die Empfänger von Sozialhilfe würde es sich lohnen, auch niedrig entlohnte Arbeitsplätze zur Verbesserung ihres Gesamteinkommens anzunehmen.

**14.** Die seit Beginn des Jahres unterbreiteten Vorschläge deuten darauf hin, daß die Tarifpartner mehr als in der Vergangenheit bereit sind, Verantwortung für das Ziel der Beschäftigungssicherung zu übernehmen und ihre Tarifpolitik dahingehend zu überdenken. Zu einer Neuorientierung muß es aber nicht nur dort, sondern ebenso in der staatlichen Sozialpolitik kommen. Denn auch die Politik trägt Verantwortung für die Arbeitskosten. Die OECD-Studie bringt dies deutlich zur Sprache. Eine Senkung der Lohnnebenkosten und damit eine Verbilligung des Faktors Arbeit, das ist ein mittlerweile von den Gewerkschaften und der SPD anerkanntes Ziel. Sie werfen dabei der Bundesregierung vor, sie habe die deutsche Einheit arbeitskostensteigernd finanziert, und zwar im Umfang von etwa 3 Prozentpunkten des gesamten Sozialversicherungsbeitrages. Gefordert wird eine Umfinanzierung zu Lasten des Steuerzahlers. Jedoch ist auch bei den Steuern die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Deshalb kann die Forderung nicht allein lauten, die Finanzierung der versicherungsfremden, speziell der einigungsbedingten Lasten umzuschichten, sondern sie muß auch lauten, die versicherungsfremden Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, in der Arbeitslosen- ebenso wie in der Rentenversicherung. Es gibt dort zahlreiche, sozialpolitisch vertretbare Einsparmöglichkeiten. SPD und Gewerkschaften verharren jedoch erneut in dem althergebrachten Denkschema des Umverteilens.

**15.** In der Koalitionsvereinbarung wird

eine Absenkung der Lohnnebenkosten ausdrücklich gefordert. Bei diesem Appell darf es nicht bleiben, Taten müssen folgen. Dies um so mehr, als sich abzeichnet, daß der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung ansonsten weiter ansteigen wird. PROGNOSE kommt in der jüngst vorgelegten Studie über die Entwicklung der Rentenversicherung zu dem Ergebnis, daß die gesamte Beitragslast in der Sozialversicherung unter Status-quo-Bedingungen auf gut 40 Prozent bis zum Jahr 2000, rund 42 bis 44 Prozent bis zum Jahr 2010 und etwa 45 bis 50 Prozent bis zum Jahr 2040 zunehmen wird. Das bedeutet: Der Keil, den die Beitragsätze zwischen die Arbeitskosten für den Arbeitgeber und die Nettoentlohnung für den Arbeitnehmer treiben, wird sich weiter vergrößern. Schon die bestehende Beitragsbelastung von gut 39 Prozent ist zu hoch. Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft, Scheinselbständigkeit: Das sind auch Ausweichreaktionen der belasteten Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Weitere Beitragserhöhungen werden zusätzliche Ausweichreaktionen hervorrufen; sie werden den Leistungswillen der Arbeitnehmer dämpfen und die Arbeitsplätze verteuern. Für mich zeigen die PROGNOSE-Ergebnisse, daß der Umbau des Sozialstaates notwendig ist. Das Sozialleistungssystem muß Schritt für Schritt durchforstet, auf überholte Zielsetzungen, mangelnde Zielgenauigkeit und Mißbrauch hin überprüft und von unerwünschten Nebenwirkungen befreit werden. Vor allem muß der Leistungsumfang auf den Prüfstand. Risiken, die der einzelne selbst tragen oder ebenso gut privat absichern kann, müssen nicht in der Sozialversicherung abgedeckt werden.

**16.** Gefordert sind aber nicht nur Lösungen zur Bewältigung der Kosten- und Flexibilitätskrise. Wir müssen uns auch dem Wandel zur Dienstleistungsge-

sellschaft stellen. Die Entwicklung moderner Volkswirtschaften ist gekennzeichnet von einer Gewichtsverlagerung. Der Industriesektor verliert, der private Dienstleistungssektor gewinnt an Bedeutung. In Deutschland vollzieht sich diese Verlagerung weniger stark ausgeprägt als in anderen Industrieländern. Während der Beschäftigungsanteil des privaten Dienstleistungssektors bei uns gut 40 Prozent ausmacht, beträgt er in Japan rund 55 und in den USA etwa 60 Prozent. McKinsey hat eine länderübergreifende Studie vorgelegt, die sich insbesondere mit dieser Gewichtsverlagerung befaßt. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß wir mehr noch als andere Volkswirtschaften Arbeitsplätze — vor allem auch Teilzeitplätze — im privaten Dienstleistungsbereich schaffen müssen, um den absehbaren weiteren Beschäftigungsrückgang im Industriesektor aufzufangen. Das Beschäftigungspotential wird auf 4 bis 5 Millionen Arbeitsplätze veranschlagt. Die Erschließung dieses Potentials ist vorrangig eine unternehmerische Aufgabe. Die Studie zeigt aber auch, daß Regulierungen auf den Güter- und Arbeitsmärkten mit dazu beigetragen haben, daß der private Dienstleistungssektor in Deutschland nur unzureichend expandiert ist. Während dort in den USA zwischen 1980 und 1990 pro Tausend Einwohner im

erwerbsfähigen Alter gut 50 Arbeitsplätze netto entstanden sind, waren es in Deutschland nur 17 Plätze.

**17.** Wir müssen davon Abstand nehmen, das vergleichsweise schwache Wachstum der privaten Dienstleistungen mit dem Argument zu rechtfertigen, daß hierdurch nur Arbeitsplätze minderer Qualität entstehen würden, zumal die McKinsey-Studie dieses Urteil in Frage stellt. Die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen, die Ausgliederung von Dienstleistungen aus den Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den privaten Haushalten, z. B. in der Pflege — das sind Entwicklungen, auf die wir angewiesen sind und die wir im Interesse derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen, nicht behindern sollten.

**18.** Zur Bekämpfung — nicht zur Verteilung und Subventionierung — der Arbeitslosigkeit muß der Umbau unseres Sozialstaates angegangen, müssen eingefahrene Denkmuster und vermeintlich angestammte Besitzstände aufgegeben werden. Wir brauchen nicht nur technische Innovationen, wir brauchen auch soziale Innovationen, um unseren Lebensstandard, unsere Arbeitsplätze und das hohe Niveau unserer Sozialleistungen zu sichern.

## Mittelstand macht mobil

Unter diesem Motto steht der 39. Bundeskongreß der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung (MIT),

**der am 31. März und 1. April 1995**

**im Maritim Airport Hotel in Hannover stattfindet.**

Für den Samstag hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, sein Kommen zugesagt. Am Freitag stehen Neuwahlen des Bundesvorstandes und die vorbereitete Fusion von Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) und Wirtschaftsvereinigung der CDU (WIV) auf der Tagesordnung.

# Der Mensch ist Klimafaktor

**Bei der Vorstellung neuer Ergebnisse aus der Klima- und Ozonforschung erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers:**

Keine Entwarnung für die beiden derzeit wichtigsten globalen Umweltprobleme „Klima“ und „Schädigung der stratosphärischen Ozonschicht“. Im Gegenteil: Hamburger Klimaforscher um Prof. Klaus Hasselmann, Leiter des Max-Planck-Instituts für Meteorologie und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Deutschen Klimarechenzentrums (DKRZ), haben eine durch den Menschen hervorgerufene Klimaänderung erstmals mit einer geschätzten Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent berechnet.

Nach den Hamburger Modellrechnungen hat der gemessene Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre um 25 Prozent seit Beginn der industriellen Revolution, zusammen mit der in der Treibhauswirkung vergleichbaren Zunahme anderer Treibhausgase, z.B. Methan und FCKW, bereits jetzt eine globale Erwärmung von 0,5 °C bis 1 °C erbracht.

Gemessen wird in der Tat eine Zunahme der global gemittelten Oberflächentemperatur der Erde von 0,7 °C seit 1880.

Diese Erwärmung ließ sich bisher nicht eindeutig auf den Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen zurückführen, da sie noch in der gleichen Größenordnung wie Schätzungen der natürlichen Variabilität des Klimas liegt. Neuere Modellrechnungen und verbesserte Methoden des Nachweises menschlicher Einflüsse („anthropogenes Signal“) führten zu dem Ergeb-

nis, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Temperaturzunahme natürlichen Ursprungs unterhalb 5 Prozent liegt. Das heißt im Umkehrschluß: Die Wahrscheinlichkeit, daß die Erwärmung auf externe Einflüsse zurückzuführen ist — insbesondere auf die Zunahme der Treibhausgasemissionen — liegt bei 95 Prozent.

Diese Abschätzungen beinhalten noch einige Unsicherheiten, wie z.B. die, ob die natürliche Variabilität des Klimas ausreichend gut simuliert wurde, ebenso wie es sich letztendlich mit den natürlichen Klimafaktoren, Sonneneinstrahlung und Vulkanismus verhält.

Mit diesem Ergebnis ist die wissenschaftliche Basis, die Analyse und Entwicklung des Klimasystems als wichtige Vorausset-

**Die sichere Energieversorgung muß mit dem dauerhaften Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen im Einklang stehen.**

zung für zukunftsgerichtetes Handeln deutlich verbessert worden.

Auch zum zweiten wichtigen Themenkomplex, nämlich zur Ausdünnung der stratosphärischen Ozonschicht liegen jetzt neue Ergebnisse vor:

Wie auch in den letzten Jahren, konzentrierten sich die Messungen und Beobachtungen deutscher Arbeitsgruppen auf die Ozonabbauprozesse in der winterlichen Atmosphäre über dem Nordpol.

Die ersten Ergebnisse der boden-, ballon- und flugzeuggestützten Messungen deut-

scher und anderer Wissenschaftler zeigen einen gegenüber dem langjährigen Mittelwert verstärkten Ozonabbau über der Arktis in den Monaten Januar und Februar. Dabei lag in diesem Winter die Ozonkonzentration mindestens 10 Prozent unter dem 7jährigen Mittelwert, d.h. sie entspricht mit extrem niedrigen Werten der des Rekordwinters 1992/93. Sie nahm im Januar in der Höhengschicht zwischen 19 und 23 Kilometer, hier finden wir die größten Ozonkonzentrationen, durchschnittlich 0,7 Prozent pro Tag ab.

### Durch Messungen erwiesen

Erstmals wurden bei Messungen über der Arktis auch diejenigen ozonzerstörenden Prozesse nachgewiesen, die man bisher nur über der Antarktis mit einem vergleichsweise größerem „Ozonloch“ beobachtet hatte. Eis- und Salpetersäurepartikel, die normalerweise den Ozonabbau über der Arktis hemmen, wurden aus der Stratosphäre „ausgefällt“.

Für den Abbau des stratosphärischen Ozons spielen mehrere Faktoren eine Rolle: Tiefe Temperaturen in der Stratosphäre, hohe Halogenkonzentrationen, die hauptsächlich von FCKWs und Halonen, d.h. vom Menschen stammen sowie Aerosole von starken Vulkanausbrüchen, wie z.B. Pinatubo 1991.

Die Ergebnisse dieses Winters mit dem Trend des Abbaus der uns vor ultravioletter Strahlung schützenden Ozonschicht bestätigen die Politik der Bundesregierung, die sich nachdrücklich für den Schutz der stratosphärischen Ozonschicht und somit für das zügigere Verbot von Produktion und Nutzung ozonabbauender Substanzen durch Verschärfung des Montrealer Protokolls mit der Kopenhagener Vereinbarung 1992 einsetzt.

Forschungen im Rahmen des Deutschen Ozonforschungsprogramms des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft,

Forschung und Technologie bilden für diese Entscheidungen die wissenschaftliche Basis. Wichtiger Träger der Meßkampagnen ist eine zum Forschungslabor umgebaute Transall der Bundeswehr. Die Meßaktivitäten sind eingebunden in die europäische Ozonforschungskampagne SESAME.

Beide Ergebnisse der Wissenschaft bestätigen die Bundesregierung in ihrer Haltung, sich auch weiterhin an die Spitze derjenigen Staaten zu stellen, die sich nachdrücklich für den Schutz des Klimas und der stratosphärischen Ozonschicht einsetzen.

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat besonders nach Rio 1992 seine Bemühungen verstärkt, das Verständnis dieser wichtigen atmosphärischen Prozesse und Systeme zu verbessern, um sichere wissenschaftliche Aussagen zur zukünftigen Entwicklung der Atmosphäre und des Klimas vorlegen zu können. Für die hierfür notwendigen Forschungen, Geräteentwicklungen, Kampagnen, auch für das vom BMBF ganz wesentlich finanzierte Deutsche Klimarechenzentrum in Hamburg stehen im Haushalt des Ministeriums jährlich mehr als 100 Mio. DM (die institutionell geförderten Aktivitäten sind hierin eingeschlossen) zur Verfügung. Wir sind damit in Europa führend.

### Dennoch: offene Fragen

Noch gibt es eine Reihe von offenen Fragen vor allem auch im Hinblick darauf, welche Wirkungen die Veränderungen des Klimas und des Abbaus der stratosphärischen Ozonschicht für den Menschen selbst, seine natürliche Umgebung, sein Wirtschaften und sein Verhalten nach sich ziehen. Die Erarbeitung von Handlungsoptionen im Sinne von Gestaltungskonzepten und/oder entsprechenden technologischen Lösungen haben im BMBF hohe Priorität.

Wichtiger Baustein der Klimaschutzpolitik der Bundesregierung ist das nationale CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm. Es hat eine 25- bis 30prozentige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2005 (Basis 1987) zum Ziel. Das BMBF stellt Optionen für die CO<sub>2</sub>-Einsparung bereit.

## Nachwuchs fördern

Mit IKARUS verfügt Deutschland über das weltweit beste Instrumentarium, um konsistente CO<sub>2</sub>-Strategien zu entwickeln und auf ihre technischen und wirtschaftlichen Konsequenzen untersuchen zu können.

Klimaschutz und Energieversorgung stehen in engem Zusammenhang. Gerade vor dem Hintergrund der CO<sub>2</sub>-Belastungen muß sichere Kernenergie eine Zukunftsoption bleiben. Das BMBF unterstützt daher die Bemühungen, bei der Reaktorsicherheit weitere Fortschritte zu machen. Um das technologische know-how zu sichern, ist das BMBF bereit, qualifizierten Nachwuchs zu fördern. Darüber hinaus muß eine sichere Energieversorgung mit dem dauerhaften Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang stehen. Das BMBF wird daher ein neues Energieforschungs-

programm auflegen, das vor allem weitere Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion vorsieht:

- Ein wichtiger Akzent bei der Förderung der Energieforschung durch das BMBF liegt bei den erneuerbaren Energien. Insgesamt sollen 1995 Mittel in Höhe von 330 Millionen DM bereitgestellt werden. Einen langfristigen Schwerpunkt setzt das BMBF bei der Photovoltaik. Hier gilt es, die Solarzellen näher an die theoretisch möglichen Wirkungsgrade heranzuführen.

## Neue Förderkonzepte

- Die schnellsten Fortschritte zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission sind bei den Verbrennungskraftwerken zu erzielen. Das BMBF setzt weiter darauf, die Wirkungsgrade der Kraftwerke zu verbessern. Das BMBF appelliert an die Energieversorgungsanstalten, ihre eigenen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen deutlich zu erhöhen.

- Ergänzend zur Wärmedämmung kann bei der Gebäudebeheizung noch viel Energie eingespart werden durch intelligente aktive und passive Nutzung der Sonne. Hier setzen die neuen BMBF-Förderkonzepte „Solarthermie 2000“ und „Solar optimiertes Bauen“ an.

## Deutschland steht bei der Windkraftnutzung weltweit auf Platz zwei

Bei der Nutzung von Windkraft ist Deutschland im vergangenen Jahr nach den Vereinigten Staaten weltweit auf Platz zwei vorgerückt. Mit einer Gesamtleistung von knapp 630 Megawatt steht die Bundesrepublik noch vor Dänemark mit rund 520 Megawatt. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung der Forschungsgruppe Windenergie an der Universität Münster. Allein im letzten Jahr hat die Bundesregierung rund 342 Millionen DM in die Forschung und Entwicklung von erneuerbaren Energien investiert. Die Exportchancen der deutschen Hersteller von Windrädern sind inzwischen sehr gut: In diesem Jahr soll vor allem nach Indien, China und Nordamerika geliefert werden.

# Theo Waigel hilft den Gemeinden

**Zur Vorlage des Entwurfs des Jahressteuergesetzes 1996 erklärte Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands:**

Die Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU begrüßt den im Jahressteuergesetz 1996 enthaltenen Vorschlag, die Gemeinden ab 1996 direkt an der Umsatzsteuer zu beteiligen.

Der Vorschlag eröffnet die historische Chance, durch eine Gemeindefinanzreform die Finanzkraft der Kommunen dauerhaft zu stärken:

- Die Kommunen erhalten ab 1996 einen im Grundgesetz abgesicherten unmittelbaren Anteil an der Mehrwertsteuer.
- Die Kommunen werden bereits ab 1996 an dem dynamischen Wachstum der Mehrwertsteuer beteiligt.
- Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Waigel stellt sicher, daß die Kommunen einen vollen Ausgleich für die Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer erhalten.

● Durch einen wirtschaftsnahen Schlüssel bleibt das notwendige Band zwischen Kommunen und Wirtschaft und damit das kommunale Interesse an Wirtschaftsansiedlung und Wirtschaftsförderung erhalten.

## Krisenfeste Einnahmen

Die Vorschläge von Finanzminister Theo Waigel geben den Gemeinden einen Ausgleich, der in der Qualität besser ist als das, was sie bei der Gewerbesteuer verlieren: Wachstumsorientierte Umsatzsteuer gegen krisenanfällige Gewerbesteuer!

Wer dagegen Front macht, handelt nicht kommunalfreundlich! Länder und kommunale Spitzenverbände sind jetzt aufgefordert, an der Realisierung dieses Konzepts mitzuwirken, wie es Theo Waigel angeboten hat.

Wer den ersten Schritt für die Gemeindefinanzreform ablehnt, muß wissen, daß er den Gemeinden jetzt die unmittelbare Beteiligung an der Umsatzsteuer verbaut und damit eine wesentliche Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung!

## Bausparen: Auszahlungen auf Höchststand

**Mit 42,5 Milliarden DM bewegen sich die Auszahlungen der privaten Bausparkassen auf einem neuen Höchststand. Damit sind die Finanzierungsleistungen 1994 nach 1993 um nochmals um ein Prozent angeiegen.**

In den neuen Bundesländern gelangten davon im Jahr 1994 rund 4,5 Milliarden DM (+ 34,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr) zur Auszahlung. Damit sind dort seit Einführung des Bauspa-

rens 1990 insgesamt bereits 12,8 Milliarden DM für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt worden, was zu einer spürbaren Verbesserung der Wohnsituation geführt hat.

Auch der Vertragsbestand hat sich 1994 bei den privaten Bausparkassen wiederum erhöht. Bei Steigerungen von 0,7 Prozent in der Anzahl und 2,5 Prozent in der Summe verwalten die 22 privaten Bausparkassen 20,5 Millionen Verträge über eine Bausparsumme von 771,8 Milliarden DM.

# Fortschritt im Steuerrecht

## Zum Referentenentwurf für ein Jahressteuergesetz 1996 erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Der vom Bundesfinanzminister vorgelegte Referentenentwurf eines Jahressteuergesetzes 1996 ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Alle Beteiligten sind aufgerufen, zum Gelingen beizutragen — auch Länder und Gemeinden, die unterschiedlichen Interessengruppen sowie die Opposition.

Die Hauptziele des Entwurfes — Steuerfreistellung des Existenzminimums, Reform der Unternehmenssteuer, Steuervereinfachung, Aufbauförderung im Osten — sind zu wichtig, um sie im egoistischen Interessengezänk untergehen zu lassen.

Alle Steuerzahler in Deutschland — Familien, Arbeitnehmer, Wirtschaft — haben einen Anspruch auf solide Arbeit in der Finanzpolitik. Mit dem Konzept zum Jahressteuergesetz 1996 liegt ein beispielhafter Plan dazu vor.

Die SPD hat uns allerdings schon heute wenig Hoffnung gemacht, daß sie ihrer Verantwortung gerecht werden will. Sie kritisiert, beckmessert, polemisiert, als ob ihr nur der Streit um des Streites willen wichtig sei. Unqualifizierte Kritik und unwahre Behauptungen beherrschen die Äußerungen von Frau Matthäus-Maier und Herrn Poß.

So stimmt es z. B. überhaupt nicht, daß den Gemeinden im Entwurf keine Kompensation für Einnahmeverluste aus der Gewerbesteuerreform gewährt wird. Sie sollen an der dynamischen Entwicklung der Umsatzsteuer beteiligt werden.

Es stimmt auch nicht, daß die Bundesregierung und die sie tragenden Bundestagsfraktionen den Familienleistungsausgleich und die Eigenheimförderung aufgegeben haben. Wir stehen zu unserem Wort: Wesentliche Verbesserungen auch auf diesen Gebieten sind geplant. Es ist aber falsch, in Hektik zu verfallen und Vorhaben mit Generationswirkung übers Knie zu brechen. Wir werden demnächst

**Das Jahressteuergesetz 1996 bringt enorme Fortschritte für das deutsche Steuerrecht und nützt dem Wirtschaftsstandort Deutschland.**

umfassende Vorschläge zur Förderung von Familie und Wohneigentum vorlegen.

Die SPD fordert gleichzeitig — Subventionsabbau und neue Subventionen. Das ist doppelzüngig.

Bis zur Einbringung des Gesetzentwurfes wird sich aufgrund der Anhörung der Verbände sicherlich noch die eine oder andere Änderung ergeben. So manche sachliche und politische Hürde wird noch im Gesetzgebungsverfahren zu nehmen sein.

Das Jahressteuergesetz 1996 bringt enorme Fortschritte auf vielen Gebieten des deutschen Steuerrechts. Die Struktur wird zum Nutzen aller Steuerzahler und des Wirtschaftsstandortes Deutschland verbessert. Jeder, der jetzt Sand ins Getriebe wirft, macht sich schuldig; er verhindert Arbeitsplätze und schadet dem Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in eine sachliche Politik. ■

## Sechs Milliarden Mark – ein deutliches Signal

**Zur Koalitionsentscheidung, 1996 insgesamt sechs Milliarden DM zur Entlastung der Familien bereitzustellen, erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn:**

Sechs Milliarden Mark zusätzlich für den Familienleistungsausgleich in 1996 sind ein deutliches Signal der Koalition, daß sie der Familienförderung in dieser Legislaturperiode Priorität einräumt.

### Wichtige Grundpfeiler

Mit der jetzt eingeläuteten neuen Runde familienpolitischer Leistungen setzen wir wichtige Grundpfeiler. Für den notwendigen weiteren Ausbau des Familienleistungsausgleichs in den kommenden Jahren werden wir ein solides Fundament schaffen. Für mich steht dabei die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts im Vorder-

grund, das Steuergerechtigkeit für alle schafft und eine gezielte Förderung von Familien in den unteren und mittleren Einkommensbereichen erreicht. Dabei muß das bisherige System einfacher und durchschaubarer werden; d. h. insbesondere, daß der Kindergeldzuschlag verzichtbar wird. Die Familien müssen klar erkennen können, wie der Staat sie unterstützt. Wir müssen die Perspektiven einer spürbaren Förderung für die nächsten Jahre schon heute aufzeigen. Wichtig ist mir auch, daß die erhöhten Kosten für das erste Kind und für dritte und weitere Kinder bei der Familienförderung besonders berücksichtigt werden.

### Angemessener Ausgleich

Den Familien steht für ihre erheblichen Leistungen ein angemessener Ausgleich des Staates zu. Es geht um gesellschaftliche und soziale Gerechtigkeit.

## 1996 Europäisches Jahr des lebensbegleitenden Lernens

Um den Herausforderungen der modernen Informationsgesellschaft gewachsen zu sein, ist es unvermeidlich geworden, das ganze Leben lang weiter zu lernen und sich fortzubilden, hat die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, die EVP-Abgeordnete Renate Heinisch, nach der Annahme ihres Berichts zum „lebensbegleitenden Lernen“ im Jugend- und Kulturausschuß des EP erklärt. Die Berichterstatterin begrüßte den Kommissionsvorschlag, 1996 zum „Europäischen Jahr für lebenslanges Lernen“ zu erklären. Renate Heinisch: „Ein Europäisches Jahr kann viele Anstöße und Initiativen in Gang setzen, wie das lebenslange, oder besser lebensbegleitende, Lernen konkret umgesetzt werden kann.“



# Für eine aktive europäische Sozialpolitik

**Im Juli 1994 wurde das Weißbuch über die Europäische Sozialpolitik vorgelegt. Das Weißbuch geht von einer Doppelstrategie aus: zum einen soll das in der Vergangenheit Erreichte im Bereich der Sozialpolitik konsolidiert und ausgebaut werden, zum anderen wird angestrebt, durch die Vorlage neuer Vorschläge eine neue Dynamik zu bewirken.**

Prioritäres Ziel des Weißbuchs ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dabei setzt das Weißbuch die Linie fort, die bereits im Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gefunden worden ist: das Bekenntnis zur Sozialen Dimension der europäischen Integration wird in konkrete Politik gefaßt. Seit dem Rat in Hannover und der deutschen EG-Präsidentschaft 1987 ist die Erkenntnis geweckt worden, daß die wirtschaftliche Integration Europas nicht ohne die Soziale Dimension in gesicherter und solider Weise vorangehen kann. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Fähigkeit zur Erbringung sozialer Leistungen bedingen sich gegenseitig.

Der Ausbau der Sozialen Dimension muß deshalb eine Grundvoraussetzung für die Verknüpfung von freier Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit sein. Das Weißbuch geht deshalb von einem Modell aus, das den Wohlstand und den Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland begründet hat: dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Dieser Ansatz ist zu begrüßen, weil Soziale Marktwirtschaft immer das beste Rezept für dauerhaften Fortschritt gewesen ist.

Für den Zeitraum 1995-1999 will das Weißbuch ein sozialpolitisches Aktionsprogramm auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten festlegen. Dies ist zu begrüßen. Dabei haben neue Instrumente der Sozialpolitik wenig Sinn, wenn schon bestehende Rechtsvorschriften nicht konsequent genug umgesetzt und angewandt werden. Insofern muß sich das zukünftige Aktionsprogramm vor allem auf Mechanismen der Information und verwaltungsmäßigen Zusammenarbeit stützen.

Unbedingt erforderlich ist eine Bilanz der Maßnahmen, die bereits im Aktionspro-

## Von Susanne Tiemann, EU-Bbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

gramm von 1989 vorgesehen waren und schon genehmigt sind. Die Umsetzung dieser Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten soll durch formale Berichte und die Konsultation der betroffenen Sozialpartner erörtert werden. Darüber hinaus ist eine Evaluierung und Anpassung der bereits vorgeschlagenen, jedoch noch nicht genehmigten Maßnahmen im Hinblick auf ihre rasche Annahme auf Gemeinschaftsebene erforderlich, insbesondere in folgenden Bereichen: atypische Arbeitsverhältnisse, Elternurlaub aus familiären Gründen, Umkehr der Beweislast, grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung, Rechte der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Revision der VO Nr. 1612/68 über

die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Ausdehnung der VO Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit für Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern sowie das IV. Programm zur Bekämpfung der Armut.

Daneben ist der Ansatz des Weißbuches zu begrüßen bezüglich eines Ausbaues des traditionellen Geltungsbereichs der europäischen Sozialpolitik, um der zunehmenden sozialen Ausgrenzung und dem Ausschluß gesellschaftlicher Gruppen wirksam zu begegnen, wobei vor allem die in einigen Bereichen bereits eingeleiteten Initiativen weiterzuverfolgen sind bezüglich Armut, Behinderter, Einwanderer, anfälliger gesellschaftlicher Gruppen wie Jugendlicher und alter Menschen sowie im Bereich der Volksgesundheit.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht das Weißbuch in zutreffender Weise von einem Doppelansatz aus. Danach ist Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der EU erste Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Insofern müssen bei der Festlegung der Grundsätze der Wirtschaftspolitik der Union eindeutig das Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu makro-ökonomischen Prioritäten

der Union erklärt werden. Im Zusammenhang damit steht aber strukturelle Arbeitsmarktpolitik durch Nutzung neuer Märkte wie insbesondere der Informationstechnologien und zusätzlich die Anhebung des Qualifikationsniveaus der Erwerbstätigen. Dieser integrierte Ansatz kann zu einer Schaffung eines neuen europäischen Arbeitsmarktes führen.

Großes Augenmerk muß dem „roten Faden“ des Weißbuches gewidmet werden: Der Berufung auf das europäische Gesellschaftsmodell. Dieses geht davon aus, daß Europa mehr Eigenverantwortung und Initiative der einzelnen Bürger wecken und den Rahmen dafür vorgeben soll. Auf der anderen Seite aber soll gleichzeitig mehr Solidarität ermöglicht und geschaffen werden zwischen den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft, den Regionen und den Mitgliedstaaten.

Auf diese Weise könnte Europa Anlaß für das Entstehen einer neuen Gesellschaft und einer Perspektive für die Bürger werden. Dieser Ansatz des Weißbuches sollte als Ermutigung dienen, um Europa nicht nur als einen großen Markt auszubauen, sondern einen Lebensraum zu schaffen, von dem mehr Wohlstand, aber auch mehr Freiheit und Gerechtigkeit für die europäischen Bürger erwartet werden kann; eben das Europa der Bürger, das wir alle bauen wollen.

## Über zwei Millionen besuchten Adenauers Wohnhaus

**Rund 2,2 Millionen Besucher haben in den letzten 25 Jahren das Wohnhaus des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, in Rhöndorf bei Bonn besichtigt.**

Darauf hat der Vorsitzende der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus“, Franz Möller, hingewiesen. Bei einem Empfang aus Anlaß der ersten

Besucherführungen vor einem Vierteljahrhundert teilte Möller mit, daß die in einem Neubau untergebrachte Dauerausstellung in Rhöndorf über das Wirken Adenauers auf einen neuen Stand gebracht werden soll. An dem Empfang nahm auch Generalsekretär Peter Hintze teil, der als Student zu den ersten „Museumsführern“ zählte.

# Die EVP bereitet sich auf die Herausforderungen von 1996 vor

**Die EVP wird vom 29. bis 31. März 1995 im Europäischen Parlament in Brüssel eine Parlamentarierkonferenz mit insgesamt ungefähr 300 nationalen und europäischen Abgeordneten veranstalten.**

Sie soll zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 dienen und hat den Ehrgeiz, die nationalen Abgeordneten, die die Weiterentwicklung des Maastrichter Vertrages ratifizieren müssen, so früh wie möglich in die Diskussion darüber miteinzubeziehen.

Ziel der Konferenz ist es, in sechs verschiedenen Arbeitsgruppen Vorschläge für die Weiterentwicklung der Union zu erarbeiten. In den Beratungen der Parlamentarier werden Kern-Fragen im Hinblick auf die Revision des Vertrages von Maastricht behandelt:

Dies sind Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Finanzierung der EU, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Innen- und Justizpolitik, der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen sowie der Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa.

Diese Konferenz ist in vielerlei Hinsicht eine Premiere: Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt der Europäischen Demokratischen Union (EDU = Vereinigung europäischer Konservativer und Christdemokraten), der Europäischen Volkspartei und der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, die damit ihren Willen zur Zusammenarbeit unter Beweis stellen.

Mit dieser Konferenz soll ganz bewußt ein Dialog mit den nationalen Abgeordneten der französischen Gaullisten und britischen Konservativen entstehen. Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß

Abgeordnete aus Ländern, die einen Beitritt zur Europäischen Union anstreben, (z.B. Malta, Zypern, Schweiz und Mittel- und Osteuropa) eine aktive Rolle in dieser Konferenz spielen können. Sie können somit die Diskussion über die EU-Erweiterung bereichern und zu einem tieferen Verständnis für damit zusammenhängende Fragen beitragen.

Jede Mitglieds-Partei aus einem Land der Europäischen Union kann bis zu sechs nationale Abgeordnete als Teilnehmer entsenden. Mitglieds-Parteien aus Län-

**Die Parlamentarierkonferenz in Brüssel wird sich mit den Kernfragen einer Fortschreibung des Vertrages von Maastricht befassen.**

dern, die nicht zur Europäischen Union gehören, können mit drei nationalen Abgeordneten an der Konferenz teilnehmen.

Die Konferenz, unter dem Vorsitz von Wilfried Martens, Präsident der EVP und der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und Alois Mock, Präsident der EDU und österreichischer Außenminister, wird am Mittwoch, den 29. März nachmittags um 15 Uhr beginnen. Als Auftakt werden wichtige europäische Staatsmänner zu den Parlamentariern sprechen (als Redner sind u.a. Jacques Santer, Wolfgang Schäuble und Douglas Hurd vorgesehen).

Im Anschluß daran findet eine Konferenz der Vorsitzenden der christlich-demokratischen und konservativen Fraktionen der nationalen Parlamente statt. ■

## Wohnen in Sachsen: sozial und sicher

**Vertraut man den Zahlen der DDR-Baustatistik, so stehen den 4,6 Millionen Einwohnern in Sachsen rd. 2,2 Millionen Wohnungen zur Verfügung. Rein rechnerisch hätten wir so gesehen kein Problem mit der Wohnungsversorgung. Dieser Eindruck ist allerdings leider falsch.**

In der DDR-Baustatistik wurde schon mal eine Instandsetzung oder eine sonstige Baumaßnahme als Neubau ausgewiesen. Außerdem befinden sich von den 2,2 Millionen Wohnungen ca. 50 Prozent in den Bauzustandsklassen 3 und 4, d.h. bei fast der Hälfte aller Wohnungen handelt es sich um Gebäude mit erheblichen Bauschäden, bis hin zur Unbewohnbarkeit. Genaue Zahlen werden uns auch hier erst mit der Gebäude- und Wohnungszählung im Herbst dieses Jahres vorliegen. Der Wohnungsbestand im Freistaat Sachsen zeichnet sich im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern durch die schlechteste Ausstattung und die älteste Gebäudestruktur aus.

- Rund 44 Prozent der Gebäude wurden vor 1949 gebaut.
- Nur 39 Prozent der Wohnungen sind mit Sammelheizung ausgestattet.
- 28 Prozent der Wohnungen besitzen eine zentrale Warmwasserversorgung.
- 76 Prozent sind mit Bad bzw. Dusche ausgestattet, und ebenfalls nur 76 Prozent der Wohnungen verfügen über eine Inntoilette.

Dabei muß man berücksichtigen, daß auch Badeprovisorien wie ein Schrankbad oder eine frei aufgestellte Duschka-

bine voll als Bad in der Statistik eingerechnet wurden. Der wirkliche Ausstattungsgrad liegt vermutlich noch einige Prozentpunkte unter diesen Angaben.

Für die Auslegung dieser Zahlen braucht man deshalb sehr viel Phantasie.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße im Freistaat Sachsen liegt mit 57 qm weit unter dem westdeutschen Durchschnitt von 80 qm.

Umfragen bei den Kommunen haben einen Leerstand von rd. 85.000 Wohnungen ergeben. Dabei stehen mehr als die

**Von Heinz Eggert, Innenminister des Freistaats Sachsen und stellvertretender Vorsitzender der CDU**

Hälfte dieser Wohnungen wegen baulicher Mängel und 20 Prozent wegen erswerter Vermietbarkeit leer.

Rund 300.000 Wohnungen der kommunalen Wohnungsgesellschaften, der Wohnungsgenossenschaften und der Kommunen sind mit Restitutionsansprüchen behaftet. Darin besteht natürlich, insbesondere in den Städten ein immenses Investitionshemmnis.

Die Herausforderung, der wir mit diesem Wohnungsbestand gegenüberstehen, sieht man, wenn man sich deutlich macht, was eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland im Rahmen einer quantitativen und qualita-

tiven Anpassung der Wohnungsbestände bedeutet.

Abstrahiert man einmal von Gebäudestruktur und Eigentümerverhältnissen und sagt einfach: Diese 2,2 Mio. Wohnungen sollen in den nächsten Jahren qualitativ und quantitativ auf westdeutsches Niveau gebracht werden, so kommt man, bei durchschnittlich 60.000 DM Sanierungskosten pro Wohnung, auf ein Investitionsvolumen von rund 132 Milliarden DM.

Wenn dann noch die durchschnittliche Wohnungsgröße von 57 qm Ost und 80 qm West angepaßt werden soll, müßten wir die vorhandene Wohnfläche um rd. 50 Millionen qm erweitern.

Diese Erweiterung von 50 Millionen qm Wohnfläche entspricht ungefähr 625.000 80-qm-Wohnungen. Bei Baukosten pro Wohnung von 180.000 DM hat man nochmals ein Investitionsvolumen von 112 Milliarden DM.

Das sind zusammen also 244 Mrd. DM oder jedes Jahr 24,4 Mrd. DM über die nächsten 10 Jahre, allein um an das heutige Niveau von Westdeutschland heranzukommen. Dabei haben wir dann noch nicht eine einzige neue Wohnung zu den 2,2 Millionen dazugebaut.

Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir von 1991 bis 1994 im Freistaat Sachsen im Bereich der Wohnungsbauförderung insgesamt 7,6 Mrd. DM an Fördermitteln eingesetzt. Wir konnten damit 297.537 Modernisierungsmaßnahmen (Eigentum und Miete), 29.166 Eigentumsmaßnahmen und den Bau von 28.126 neuen Mietwohnungen schaffen.

Für 1995 haben wir Fördermittel in Höhe von 1,6 Mrd. DM bereitgestellt.

Der Schwerpunkt unserer Förderung liegt aufgrund des oben beschriebenen Wohnungsbestandes natürlich auf der Modernisierung und Instandsetzung. Trotzdem muß ein Großteil der notwendigen Inve-

Heinz Eggert: „Wenn alle Wohnungen im Freistaat Sachsen auf Westniveau gebracht werden sollen, müssen wir weit mehr als 200 Milliarden Mark in den nächsten zehn Jahren investieren. Dies zeigt, vor welche unglaublichen Herausforderungen uns die Wohnungszerstörungspolitik der SED in der DDR gestellt hat.“

stitutionen aus den Mieteinnahmen heraus finanziert werden.

Ab Mitte dieses Jahres soll in den neuen Bundesländern der Übergang in das Vergleichsmietensystem vollzogen werden. Dieser Übergang — und dazu muß man kein Prophet sein — wird sich sicherlich noch problematisch gestalten.

Dabei will ich aber keine wohnungspolitischen Schnellschüsse, sondern daß möglichst kurzfristig ein tragfähiges Konzept für diesen Übergang entwickelt wird, um für Mieter, Vermieter und Investoren zukünftige Entwicklungen berechenbar zu machen.

Die Akzeptanz einer Modernisierungskostenumlage oder die Vereinbarung der Umlage von Instandsetzungskosten ist einfacher zu erzielen als eine pauschale ad-hoc Erhöhung der Mieten ohne entsprechende Wohnwertverbesserung.

Auf jeden Fall muß die künftige Entwicklung eine stärkere Ausdifferenzierung der Mieten möglich machen.

Die Schwierigkeiten, die bei den notwendigen Mieterhöhungen entstehen werden, müssen durch das Wohngeld abgefangen

## Auch Minister Jochen Borchert befürwortet kleinere Schlachthöfe

**Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert hat eine Initiative europäischer Köche aufgegriffen und sich für kleinere Schlachthöfe ausgesprochen.**

Der Minister erinnerte daran, daß der Agrarministerrat der Europäischen Union schon im Dezember unter seinem Vorsitz einen Beschluß zum Erhalt kleinerer Schlachthöfe für regionale Märkte gefaßt habe. Die Stellungnahme des Europäischen Parlaments dazu stehe allerdings noch aus.

Die Europäische Gemeinschaft der Köche, „Eurotoques“, hatte Borchert aufgefordert, sich bei dem nächsten Treffen der Agrarminister im März mit aller Energie gegen die geplante Verschärfung der Schlachthof-Richtlinien der EU einzusetzen. „Die kleinen Schlachthöfe müssen erhalten bleiben,

damit wir Köche und alle Verbraucher gute Qualitätsprodukte aus der jeweiligen Region verwenden können“, schrieb Eurotoques an Borchert.

Die EU will die Mindestgröße von Schlachthöfen in Europa verdoppeln. Kleine Schlachthöfe, die diesen EU-Standards nicht entsprechen, müßten dann schließen. Borchert wies jedoch darauf hin, daß mit der Änderung der Frischfleischrichtlinie, auf die sich der Rat mit qualifizierter Mehrheit verständigt habe, sichergestellt werde, daß künftig auch kleinere Betriebe und Innungsschlachthöfe weiterarbeiten könnten.

Für selbstschlachtende Metzgereien seien Ausnahmen von den baulichen Auflagen vorgesehen, die für große Schlachthöfe mit EG-Zulassung gelten. Die hygienischen Vorschriften seien jedoch auch für die Metzgereischlachtereien unverändert gültig.

werden. Es darf nicht sein, daß ein Rentnerhepaar, das 50 Jahre in einer Wohnung gelebt hat, jetzt noch ausziehen muß, weil es die Miete nicht mehr zahlen kann.

Es darf aber auch nicht sein, daß das Haus langsam zerfällt, weil die notwendige Instandsetzung nicht über eine höhere Miete finanziert werden kann.

Seit Einführung der Wohngeldzahlung im Jahr 1991 wurden bis zum 31. Dezember 1994 insgesamt über 2,2 Mrd. DM Wohngeld im Freistaat Sachsen ausbezahlt. Am 31. 12. 1994 empfangen im Freistaat rund 226.000 Haushalte Miet- oder Lastenzuschuß. Das entspricht einem Anteil von

rund 11 Prozent aller Haushalte in Sachsen.

Ich werde mich dafür einsetzen, daß auch der geplante Übergang in das Vergleichsmietensystem durch Verbesserungen im Wohngeldrecht sozial abgefedert werden wird.

### Sozialer Wohnungsbau

Wir werden auch in Zukunft den sozialen Wohnungsbau brauchen, um die Wohnungsverorgung der Menschen zu sichern, die durch den Markt nicht sichergestellt ist. Ich denke dabei an kinderreiche Familien oder an Schwerbehinderte, die Wohnungen einer bestimmten Qualität brauchen. ■

## Fünzig Jahre Flucht und Vertreibung

# Alles daransetzen, daß so etwas nie wieder geschieht

Das Grauen von Auschwitz, die Hinrichtung von Widerstandskämpfern gegen Hitler in Berlin-Plötzensee und das Ende des zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 rücken in diesem Jahr in den Mittelpunkt gedenkender und mahrender Veranstaltungen.

Für 15 Millionen Deutsche begann Ende 1944 und dramatisch ab 1945 ein anderes Kapitel menschlicher Leidensgeschichte: Flucht, Vertreibung oder Deportation aus der Heimat. Von der Ursache her Folge der Nazi-Diktatur, vom Ergebnis gleichermaßen unmenschlich und unentschuldigbar.

Der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred M. de Zayas, der sich des deutschen Flüchtlings- und Vertriebenengeschickes forschend annahm, stellte dazu erschüttert fest:

*Das menschliche Elend, das diese Umsiedlung vor allem in den Jahren 1945-1948 hervorrief, gehört zu den schlimmsten Kapiteln des zwanzigsten Jahrhunderts.*

### Verhungert, ermordet

Mehr als zwei Millionen Deutsche, überwiegend Frauen und Kinder, kamen bei dieser Zwangswanderung ums Leben: vergewaltigt, gequält, verhungert, erfroren, ertrunken, ermordet.

Namen wie Nemmersdorf, Aussig oder Wilhelm Gustloff stehen symbolisch für Unmenschlichkeit. Alexander Solschenizyn, Nobelpreisträger 1970, beschreibt eine Szene in Neidendorf in seiner Dichtung „Ostpreußische Nächte“:

*Zweiundzwanzig, Höringstraße.  
Noch kein Brand, doch wüst, geplündert.  
Durch die Wand gedämpft — ein Stöhnen:  
Lebend finde ich noch die Mutter.  
Warena viel auf der Matratze?  
Kompanie? Ein Zug? Was macht es!  
Tochter — Kind noch, gleich getötet.  
Alles schlicht nach der Parole:  
NICHTS VERGESSEN!  
NICHTS VERZEIHN!  
BLUT FÜR BLUT! —  
UND ZAHN FÜR ZAHN!  
Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe,  
und die Weiber — Leichen bald.  
Schon vernebelt, Augen blutig,  
bittet: „Töte mich, Soldat!“  
Sieht nicht der getrübe Blick?  
Ich gehör doch auch zu jenen!“*

Solschenizyns scharfe Kritik an den Ausschreitungen gegen die deutsche Zivilbe-

### Von Erika Steinbach, stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

völkerung brachte ihn für acht Jahre in den Archipel Gulag.

Lew Kopelew, damals Parteimitglied und Nachrichtenoffizier in der Roten Armee, war so entsetzt über die Mißhandlungen der deutschen Bevölkerung, daß er versuchte, einzugreifen. Vergeblich!

Anne O'Hare McCormick, Sonderkorre-

spondentin der New York Times, berichtete im Februar 1946 aus Deutschland:

*In Potsdam war man auch übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in humaner und geregelter Weise durchgeführt werden sollte. Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung. Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...*

### Nichts Vergleichbares

Im Oktober desselben Jahres berichtete diese Korrespondentin erschüttert:

*Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares. Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...*

Der amerikanische Senat behandelte am 28. August 1945 einen Bericht, in dem es unter anderem heißt:

*... Man hätte wohl erwarten dürfen, daß nach Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals etwas derartiges wieder geschehen würde; das aber scheint leider nicht so zu sein.*

*Zuverlässige Augenzeugen sagen aus, daß in Y., in der Nähe von A., ein polnisches Konzentrationslager besteht, in dem deutsche Gefangene ebensolche Grausamkeiten erdulden ...*

Es kann keinen Zweifel daran geben: Die Vertreibung und Deportation 15 Millionen Deutscher aus den Heimatgebieten war in Art und Umfang ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einzigarti-

gem Ausmaß. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Das Vertreiben, Mißhandeln und Ermorden wehrloser Menschen kann durch nichts entschuldigt werden, auch nicht durch die Verbrechen der Nationalsozialisten. Menschliches Leid kann nicht gegeneinander aufgerechnet, es muß jeweils für sich aufgearbeitet werden. Deshalb darf auch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihren östlichen Heimatgebieten nicht in Vergessenheit geraten.

Die Mahnung steht dahinter, gleiches Schicksal anderen zu ersparen. Leider sind die Vokabeln „Flucht“ und „Vertreibung“ bis zum heutigen Tage nicht aus der politischen Realität getilgt.

Nicht einmal in Europa kann die Rede davon sein, daß sie Phänomene der Vergangenheit seien. Wer die Bilder aus den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens und Bosniens sieht, wer die Menschen sieht, die teilweise nur das, was auf einen Handkarren paßt, vor den „ethnischen Säuberungen“ der Serben retten konnten, die ihre Heimat verloren haben und die nun in überfüllten Flüchtlingslagern leben müssen, der fühlt sich unweigerlich an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen vor fünfzig Jahren erinnert.

### Denkwürdige Rede

Denen, die vergessen machen wollen, welches Leid Millionen Menschen zugefügt wurde, sei die denkwürdige Rede Albert Schweitzers, die er am 4. November 1954 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises gehalten hat, in Erinnerung gerufen: Er verurteilte das ungeheuerliche Verbrechen dieser Massenvertreibung mit einem Appell an das Gewissen:

*In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht, wenn man Völkerschaften das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, daß man sie*



*zwingt, sich anderswo anzusiedeln. Daß sich die Siegermächte am Ende des zweiten Weltkrieges dazu entschlossen, vielen hunderttausend Menschen dieses Schicksal, und dazu noch in härtester Weise, aufzuerlegen, läßt erlauben, wie wenig sie sich der ihnen gestellten Aufgabe einer gedeihlichen und einigermaßen gerechten Neuordnung der Dinge bewußt wurden.*

Die Überlebenden der schrecklichen Zwangswanderung haben in den nachfolgenden Jahren Bewundernswertes vollbracht: Sie haben nicht nur ihr eigenes Geschick gemeistert und das zerstörte Deutschland aus Trümmern, Schutt und Asche mit aufgebaut, sondern sie haben die Hand zur Versöhnung gereicht. Bereits 1950, wo noch alle Wunden offen lagen, wo die Erinnerung noch nicht vom gnädigen Mantel des Verblässens umschlossen wurde, haben sie in der denkwürdigen Charta von Stuttgart ausdrücklich auf „Rache und Vergeltung“

verzichtet. Bereits damals haben sie ihren Blick hoffnungsvoll auf ein zusammenwachsendes Europa gerichtet. Nicht „Blut für Blut! — und Zahn für Zahn!“ bestimmte das Handeln unserer deutschen Vertriebenen, sondern der Versöhnungsgedanke. Nur so konnte der Teufelskreis immer neu angetriebenen Hasses gebrochen werden. Dafür ist den Vertriebenen und ihren Landsmannschaften nicht genug zu danken.

Wenn es wahr ist, daß nur die Erinnerung verhindert, daß grausame Verbrechen ein zweites Mal geschehen, dann haben wir Deutsche eine besondere Verpflichtung, auch der Flucht und der Vertreibung zu gedenken, die Erinnerung wachzuhalten. Denn wer weiß, welches unendliche Leid damit verbunden ist, wenn Menschen aus ihrer Heimat verjagt werden, der wird alles daransetzen, daß so etwas — wer auch immer die Betroffenen sein mögen — nie wieder geschieht.

**Peter M. Schmidhuber:**

## Mittelständler in der Bundesbank

**Zur Berufung von Peter M. Schmidhuber als Mitglied im Direktorium der Deutschen Bundesbank erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:**

Mit Peter M. Schmidhuber zieht ein alter Freund des Mittelstandes ins Direktorium der Deutschen Bundesbank ein. Schmidhuber war in seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand der Unionsfraktion und hat viele Jahre in dessen Vorstand mitgewirkt. Auch in seinen späteren Funktionen als bayerischer Staatsminister und

Kommissar der Europäischen Gemeinschaften hat Peter M. Schmidhuber den freundschaftlichen persönlichen und politisch-sachlichen Kontakt zum Mittelstand und seiner parlamentarischen Vertretung im PKM nie abreißen lassen.

Wir erkennen Peter M. Schmidhubers Leistungen und Qualifikationen an, die ihn für sein neues Amt in der Deutschen Bundesbank auszeichnen (Rechtsanwalt, Stadtrat in München, Mitglied des Bayerischen Landtags, Mitglied des Deutschen Bundestages, bayerischer Staatsminister, Kommissar der Europäischen Gemeinschaften).

## Materialien zum Thema Innere Sicherheit

### ● Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken

#### Ein Leitfaden zum Thema Innere Sicherheit

Diese Broschüre enthält neben sehr interessanten Beiträgen vom Forum 4 des Berliner Parteitages auch Informationen aus der bundesweiten Kriminalitätsstatistik sowie Vorschläge und Anregungen für Aktionen und Veranstaltungen.

Bestell-Nr.: 4759

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15 DM

### ● Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken

Der Beschluß vom 4. Parteitag, mit der Einführungsrede von Rudolf Seiters, zeigt, daß Freiheit und Sicherheit der Bürger zusammen gehören. Deshalb enthält dieser Beschluß ein eindeutiges Bekenntnis zu Polizei und Verfassungsschutz.

Bestell-Nr.: 5730

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 21 DM

### ● Texte zur Gewaltproblematik

Extremistische und ausländerfeindliche Aktionen sind nur eine Facette der allgemein steigenden Gewaltbereitschaft in Deutschland. Ein weiteres Problem ist z.B. die wachsende Gewaltbereitschaft und die dementsprechende Aufrüstung bereits im Kindesalter, denn es geht längst nicht mehr nur um die Gewalt, die aus den Dunkelzonen der Gesellschaft kommt, vielmehr geht es auch um die Gewalt, die mitten unter uns aufbricht, in Wohnungen, Schulen und Sportstadien. Und diese Gewalt ist nicht allein ein Problem der Polizei.

Diese Broschüre informiert anhand von verschiedenen Redebeiträgen und Beschlüssen über den Standpunkt der CDU zu diesem Thema:

Bestell-Nr.: 3614

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 19,50 DM

### ● Falblatt: Innere Sicherheit

Dieses Falblatt eignet sich besonders zur schnellen Information der Bürger, z.B. als Verteilmaterial an Ihrem Canvassing-Stand. Es enthält die wichtigsten Positionen sowie die bisherigen Erfolge der CDU auf dem Weg zur Stärkung der Inneren Sicherheit.

Bestell-Nr.: 2975

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20 DM



Bestellungen an: IS-Versandzentrum  
Postfach 1164, 33759 Versmold  
Fax: 0 54 23/4 15 21

● **Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen**

Koalitionsvereinbarungen für die 13. Legislaturperiode von CDU, CSU und FDP. Zusätzlich zu dem Text der Koalitionsvereinbarungen enthält diese Broschüre auch umfangreiche Erläuterungen zu verschiedenen Sachpunkten. So werden z.B. anhand von Grafiken und übersichtlichen Tabellen Solidaritätszuschlag, Familienlastenausgleich und die Forderungen zur Inneren Sicherheit verdeutlicht.

Bestell-Nr.: **5044**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 25 DM



● **Aufkleber Fahne**

Bestell-Nr.: **9998** (mit CDU-Aufdruck)

Bestell-Nr.: **9999** (ohne CDU-Aufdruck)

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 14 DM

● **Kennste Deutschland?**

ist der Titel des ersten Computerspiels der CDU und zugleich die Fragestellung an alle Benutzer dieses Spieles. Ziel dieses Spieles ist eine Informationsreise durch die 16 Bundesländer, die durch verschiedene Spielelemente unterbrochen wird. Systemvoraussetzungen:

● IBM-kompatibler Rechner

● MS-Dos 4.0

● VGA-Grafikkarte

Bestell-Nr.: **9849**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 25 DM



**Die Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und FDP für die 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**

**Kennste Deutschland?**

**Ein Computer-Spiel präsentiert von der CDU**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN



Mit der deutschen Wirtschaft geht es wieder deutlich aufwärts. Kräftiges Wachstum sichert bestehende Arbeitsplätze und schafft neue Beschäftigung. Der Aufschwung greift an Fahrt. In diesem Jahr wird die Wirtschaft in ganz Deutschland um 3 Prozent wachsen, in Ostdeutschland sogar um 8 bis 10 Prozent. Damit tritt auch am Arbeitsmarkt eine deutliche Wende ein: 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze werden in 1995 neu geschaffen, und zwar in etwa gleich verteilt auf West- und Ostdeutschland.

# Wachstum schafft

# Beschäftigung

# CDU

»Wir müssen jetzt alle Kraft aufwenden, um eine neue Beschäftigungsinitiative zum Erfolg zu führen. Dabei muß es auch gelingen, diejenigen wieder besser in die Arbeitswelt zu integrieren, die im Wettbewerb um Arbeitsplätze oftmals schlechtere Chancen haben. In den Jahren 1983 bis 1992 ist es schon einmal in einer großen Gemeinschaftsleistung gelungen, drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Diesen großen Erfolg gilt es zu wiederholen.«

Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 23. November 1994

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

# UiD

7/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-189. Verlagsleitung: Bernd Proffittich.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 56,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.